

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 232.

Donnerstag, den 3. Oktober 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Abhängigkeit und Freiheit.

Als vor einigen Jahren der damals noch neubadene Reichskanzler im Reichstage von den „gottgewollten Abhängigkeiten“ sprach, worin wir alle leben, konnte diese quasi philosophische Formulierung der russischen Völkermacht bei allen, die nicht direkt in der gewalttätigen Niederhaltung des Proletariats interessiert sind, nur Spott und Hohn hervorrufen. Zu sehr klang daraus der Geist des Mittelalters hervor, dem jedes Verständnis für die moderne bürgerliche Gesellschaft fremd ist. Es war ja auch zugleich das Bekenntnis zur Abhängigkeit vom schwarz-blauen Block, die theoretische Absage an alle liberalen Ideen. Denn der Liberalismus hat, als der theoretische Niederschlag der bürgerlichen Gesellschaft mit ihrer Warenproduktion und freien Konkurrenz, immer die Freiheit als höchstes Prinzip hervorgehoben gegenüber der Abhängigkeit, worin sich die Menschen unter anderen Gesellschaftsordnungen befinden.

Auch gegen die „Sklaverei“ unter dem Sozialismus wird bisweilen — allerdings kaum mehr in hochentwickelten Ländern — diese liberale Freiheit ausgespielt. Nun ist es klar, daß in einer Menschengruppe, die zusammen für ein gemeinsames Ziel arbeitet, nicht jedes Mitglied eine absolute Freiheit genießen kann; man muß sich einander fügen. Darin liegt aber kein Gegensatz zwischen der sozialistischen und der bürgerlichen Gesellschaft. Absolute Freiheit kann nur dann bestehen — wie es auch die Anarchisten wollen, die die liberale Formel bis zur äußersten Konsequenz ernst nehmen — wenn jeder völlig unabhängig von allen anderen produziert, also bei isolierter Selbstherrlichkeit. In der bürgerlichen Produktionsweise bilden jedoch die Menschen zusammen eine wirkliche Gesellschaft. Auch hier sind sie miteinander verbunden, abhängig von einander. Die Freiheit ist nur Schein, oder richtiger noch, sie ist die Form, worin die gegenseitige Abhängigkeit auftritt. Wenn diese Abhängigkeit wird in der bürgerlichen Gesellschaft nicht durch Vorschrift oder Satzung, sondern durch ein ökonomisches Gesetz, das Wertgesetz, vermittelt.

Das Wertgesetz ist der Grundpfeiler der Marx'schen Gesellschaftslehre. Es lautet: Der Wert der Waren, der über ihr Austauschverhältnis gebietet, ist ein Ausdruck der in ihnen enthaltenen gesellschaftlichen Arbeit. In der Regel wird dieses Gesetz als ein ober nationalökonomischer Lehrsatz betrachtet, der nur über die Vorgänge im Wirtschaftsleben aussagt. So lassen vor allem unsere Gegner es auf, als Vertreter der Bourgeoisie, die produziert, kauft und verkauft und die ganze Wirtschaft nur als ein Mittel zum persönlichen Gewinn ansieht, fragen sie nur nach den Preisen der Waren; die Nationalökonomie ist die Wissenschaft, die die Preise der Waren kennen lehrt. Daher halten sie das Marx'sche Wertgesetz für eine Regel der Preisbildung; sie lesen es so: die Waren werden im Verhältnis der darin stehenden Arbeit ausgetauscht; und ohne zu bemerken, daß Marx selbst schon im Anfang seines Werkes erklärt, daß die Waren nicht nach ihren Werten ausgetauscht werden, bemühen sie sich dann weitläufig die Falschheit dieses Gesetzes nachzuweisen. Es ist aber nicht nur in viel verwickelterer Weise, durch Dazwischenlegen vieler anderer auf dem Wert aufgebauten Formen wie z. B. Kapital und Grundrente — auf dem Wert ruht.

Die große Bedeutung des Wertgesetzes liegt an der anderen Stelle. Es ist nicht nur Grundgesetz der Nationalökonomie, sondern dadurch zugleich das Grundgesetz zum Verständnis der ganzen Gesellschaft. Darin liegt seine Wichtigkeit für das Proletariat, dem es weniger auf die Kenntnis der Handelspreise, als auf den Einblick in das Wesen und die Entwicklung der Gesellschaft ankommt.

Unter der Warenproduktion arbeiten die Produzenten in ihrer Werkstatt selbständig, nach eigenem Belieben. Scheinbar ist in der Produktion die Welt in zusammenhanglosen Atomen aufgelöst. Der Zusammenhang wird erst durch den Warenaustausch hergestellt; nun treten die Menschen zueinander in Beziehung, nun bewährt es sich, daß sie tatsächlich ein Ganzes, ein großen zusammenhängenden Produktionsorganismus bilden. Und das Gesetz, das dann in Wirkung tritt, ist das Wertgesetz, das den Austausch bestimmt, das Wertgesetz. Scheinbar es nur ein Gesetz über Dinge, über den Austausch von Waren. Aber die Waren können sich nicht selbst aus-tauschen; sie befinden sich in den Händen ihrer Besitzer, Menschen, die sie nach ihrem Belieben kaufen

und verkaufen. Wenn der Tausch, den der Mensch nach seinem selbstherrlichen Willen abschließt, zugleich durch das Wertgesetz bestimmt wird, so bedeutet das nichts anderes, als daß das Wertgesetz über den Willen und das Handeln des Menschen gebietet. Nicht seine Willkür oder sein Wunsch bestimmt, ob und zu welchem Preise er verkaufen kann; der Wert ist ein gesellschaftlich bestimmtes Ding, das nur zum Teil von seiner Arbeit abhängt. Das Wertgesetz ist wie eine höhere ökonomische Macht, die die Schritte der Menschen lenkt und über das Resultat ihres Handelns, ihr Schicksal gebietet. Der Arbeiter, der genötigt ist, seine Arbeitskraft für den ortsüblichen Hungerlohn zu verkaufen, der Unternehmer, der seine Produkte nur mit Verlust los-schlagen kann, empfindet die Zwangsgewalt dieses Gesetzes mit furchtbarer Wucht. Wen aber das Glück besonders günstiger Produktions- oder Verkaufsbedingungen trifft, der wird durch dieselbe Macht emporgehoben.

In seiner anarchischen Freiheit konnte Robinson Crusoe seine Arbeit völlig dem eigenen Bedürfnis und Wunsche anpassen. Überall, wo die Menschen in einem größeren Verbände zusammenarbeiten, sind sie dagegen von einander abhängig, ist ihre Freiheit beschränkt. Aber die Formen der Abhängigkeit wechseln mit der Produktionsweise. Im feudalen Mittelalter war jedermann gebunden und abhängig. Als Mitglied einer Organisation war ihm durch Satzung und Vorschrift sein Handeln vorgeschrieben; feste persönliche Beziehungen, Autorität und Glauben, Treue, Schutz- und Abhängigkeitsverhältnisse mit gegenseitigen Pflichten banden Leibeigene und Ritter, Fürsten und Vasallen, Grundherren und Bauern, Geisliche und Laien zusammen. Im Gegensatz dazu ist in der bürgerlichen Gesellschaft der Warenproduktion jedermann frei und selbständig. Die zünftige und feudale Organisation ist zerfallen, die Gesellschaft scheint in Atome aufgelöst, ohne äußere Bindung oder sichtbaren Zusammenhang. Was sie bindet, ist keine menschliche Vorschrift sondern ein übermenschliches, ein ökonomisches Gesetz. Es wirkt wie eine Naturkraft, das ohne Rücksicht auf irgendwelche Zusammengehörigkeit jeden Menschen mit jedem anderen in Verbindung bringt. Gerade deshalb mußten in der bürgerlichen Gesellschaft alle anderen Bindungen und Vorschriften abgeschafft werden, damit das ökonomische Gesetz allein und rein ihre Beziehungen regeln könnte. Das ist die Bedeutung der liberalen Freiheit: kein äußerer Zwang verhindert die Menschen, in ihrem Handeln nur dem Gebot des Wertgesetzes, der ökonomischen Notwendigkeit, zu gehorchen. Nur gegen gewalttätige Durchbrechungen des Gesetzes, z. B. durch Diebstahl und Betrug, hat der Staat in seiner Nachwachterrolle Maßnahmen zu treffen.

Der Sozialismus will nicht unabhängige Privatbetriebe von einander abhängig machen als Teile eines Ganzen. Denn auch jetzt sind sie von der Gesamtheit abhängig. Er will die gegenseitige Abhängigkeit aus einer unbewußten zu einer bewußten machen. Statt durch ein blindes ökonomisches Gesetz, das sich als eine geheimnisvolle höhere Macht durchsetzt, gegen die die Menschen machtlos sind, wird dann die Einheit der gesellschaftlichen Produktion durch eine bewußte Regelung hergestellt. Die liberale Freiheit, das heißt das blinde Wirken des ökonomischen Gesetzes, wird unmöglich von dem Augenblicke an, wo die proletarische Volksmasse, für die diese Freiheit nur Freiheit des Hungers bedeutet, das Gesetz erkennt, ihm seinen unbeanteten, geheimnisvollen Charakter abstreift, und seiner verheerenden Macht durch den Aufbau der Organisation der arbeitenden Menschheit ein Ende bereitet.

Gegen diese Gefahr greift die alternde bürgerliche Gesellschaft zu den Abhängigkeitsformen und dem Autoritätsglauben des feudalen Mittelalters zurück, ohne dabei jedoch den Arbeitern eine entsprechende Sicherung gegen ihre moderne Lebensnot zu bieten. Mit der Tragis dieser Reaktion wird das Proletariat durch rücksichtslosen Kampf schon fertig werden. Wo sie sich aber als Theorie breit macht, kann es dafür nur Spott und Hohn übrig haben.

Die Lage auf dem Balkan.

Von allen in Frage kommenden Staaten ist eine scharfe Zensur eingeführt worden; authentische Nachrichten wird man also kaum erwarten dürfen. Dennoch bringt ja manches an die Öffentlichkeit, das den Stempel der Wahrscheinlichkeit in sich birgt. Nach diesen Nachrichten will die Türkei sich lediglich auf die Defensiv beschränken und es im übrigen darauf ankommen lassen. So ist die serbische Forderung auf Durchfuhr des serbischen Kriegsmaterials abgelehnt worden. Das hat die Balkanstaaten veranlaßt, gemeinsam mit einem Ultimatum vorzugehen.

Nach einer Meldung aus Belgrad übergeben heute der serbische, bulgarische, griechische und montenegrinische Gesandte in Konstantinopel der Pforte ein Kollektiv-Memorandum, in dem die Türkei aufgefordert wird, Albanien, Mazedonien, Albanien und Kreta innerhalb drei Tagen Autonomie zu gewähren. Nach Ablauf dieser Frist wird die Aufforderung an die Pforte wiederholt und gleichzeitig den Signaturmächten eine Kollektivnote übergeben werden, in der mitgeteilt wird, daß nach Ablauf weiterer drei Tage die Balkanmächte ihren Forderungen mit den Waffen Geltung verschaffen werden.

Angeichts dieser Sachlage rechnet man mit einer außerordentlichen Verschlimmerung der Lage.

Die Großmächte lassen sämtlich erklären, daß ihre Bestrebungen lediglich auf die Erhaltung des Friedens gerichtet seien. Hoffentlich haben sie Erfolg mit ihren auch in ihrem eigenen Interesse liegenden Bemühungen.

Zwischen türkischen Truppen und einer serbischen Grenzgarde ist es bereits zu einem Zusammenstoß gekommen. Letztere zog sich zurück.

Eine aufsehenerregende Nachricht kommt über Wien aus Sofia, die meldet, daß dort ein Ministerrat unter Vorsitz des Königs Ferdinand stattgefunden habe, in dem König Ferdinand angesichts des Drängens der Kriegspartei erklärte, er sei jeden Augenblick bereit abzugeben, einen Ausweg aus dem Konflikt mit der Türkei zu finden. — Hiernach ist also der bulgarische König kein Freund des Krieges.

Das Auswärtige Amt Deutschlands hat sich bereits zu den Balkanwirren geäußert. Herr v. Riederlen-Wächter hat durch eine Korrespondenz verbreiten lassen, daß die Kriegsgefahr auf dem Balkan für Deutschland von keinerlei Bedeutung sei. In der „Nordd. Allg. Zeitung“ äußert sich das Auswärtige Amt nun dahin: „Angebliche oder wirkliche türkische Mobilisationsmaßregeln haben den Balkanstaaten Grund und Vorwand zur Mobilisierung ihrer Streitkräfte gegeben. Ob es sich nur um einen Gegezug gegen die türkischen Vorkolonien oder um ernstliche Kriegsabsichten handelt, läßt sich zurzeit mit Bestimmtheit nicht erkennen. Unter allen Umständen haben die von den Balkanregierungen ergriffenen Maßregeln die Möglichkeit eines kriegerischen Zusammenstoßes mit der Türkei näher gerückt. Die Bemühungen der Mächte, den Frieden zu erhalten, dauern fort. Wie sehr es auch zu bedauern wäre, wenn diese Bemühungen erfolglos blieben, so ist doch auch in diesem Falle für die deutschen Interessen ein Anlaß zu unmittelbarer Beunruhigung nicht gegeben. Dies ist umso weniger der Fall, als mit Bestimmtheit zu hoffen ist, daß der etwaige Konflikt auf seinen Herd beschränkt bleiben würde. Die letzten Ereignisse haben, wie gesagt, die Wahrscheinlichkeit eines Konflikts erhöht. Mit der Möglichkeit eines solchen mußten die europäischen Kabinette aber schon seit geraumer Zeit rechnen. Sie haben daher auch alle Zeit gehabt, sich untereinander über ihre Stellung zu einer solchen Eventualität auszusprechen. Bei dem festen Willen aller Mächte, die Ausdehnung des Konflikts hintanzuhalten, kann eine endgültige Verflüchtigung nicht ausbleiben. Wenn also auch die nahe Möglichkeit eines Zusammenstoßes auf dem Balkan nicht von der Hand zu weisen ist, so darf doch zuversichtlich erwartet werden, daß eine weitergehende Konflagration, in die die europäischen Großmächte hineingezogen werden könnten, vermieden bleibt.“ Herr v. Riederlen-Wächter bringt hier zum Ausdruck, was Minister Graf Berchtold auch in der österreichischen Delegation erklärt hat, daß die Großmächte dafür sorgen wollen, daß der Brand auf die Balkanstaaten beschränkt bleiben soll. Wenn nun auch zweifelsohne zunächst keine Gefahr besteht, daß Deutschland in eine kriegerische Aktion hineingezogen wird, so steht doch auch andererseits fest, daß die deutsche Geschäftswelt erheblich geschädigt werden kann. Exporteure der Textilbranche erklären bereits, daß sie die Lieferungen nach den beteiligten Balkanstaaten eingestellt haben und der Schaden für die Textilindustrie besteht darin, daß für die in den Balkanstaaten gebräuchlichen Muster anderwärts kein Absatz zu finden ist.

Eine in Industrie- und Handelskreisen hoch angesehene Berliner Persönlichkeit erachtet die „Münchener Post“ um Veröffentlichung des Nachstehenden: „Auf die drohende Kriegsgefahr hat die Börse an den Haupt-handelsplätzen Europas gestern (Dienstag) mit einem starken Kurssturz der Industriewerte und einem Ansteigen der Preise für Agrarprodukte reagiert. Die Gefahr einer dauernden Panik und damit einer gewaltigen Störung der Produktion ist drohend. Die Interventionskäufe der Großbanken, die selbst sehr wenig liquidierten, kann nur eine vorübergehende Besserung schaffen, nur das energische Eingreifen der Großmächte zur Vermeidung des Kriegsausbruchs

er wenigstens der strengen Lokalisierung eines Balkan-
kriegs könnte Beruhigung schaffen. Daß die deutsche
Regierung hier aus eigener Initiative ihren Mann stelle,
erscheint ausgeschlossen angesichts des Charakters ihrer leitenden
Personen. Sie hat bis jetzt nicht einmal den Bundesratsaus-
schuß für auswärtige Angelegenheiten einberufen. Der
Anstoß zu dieser Einberufung müßte allerdings von
Bayern ausgehen, dessen „leitender Staatsmann“ aber in
allen praktischen politischen Fragen von einer mehr als
professoralen Hilflosigkeit zu sein scheint. Aber eine An-
regung in dieser Hinsicht hätte trotzdem von Berlin aus
erfolgen müssen, wenn man sich dort seiner Pflichten be-
wußt und ihnen gewachsen wäre. Da man in den leitenden
Kreisen des Finanzkapitals den Umfang der Gefahr
doch übersehen muß, scheint es an der Zeit zu sein, daß
von dort aus, wie im Herbst vergangenen Jahres, wieder
eingegriffen wird. Das erweist sich um so nötiger, als die
geftirgen Ereignisse an der Börse nur ein Vorbild waren,
und die Kriegslust verschiedener Balkanstaaten nur ein
Ergebnis der fortgesetzten Einwirkung des „friedliebenden“
Rußland ist.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Lennerungsfrage vor dem Junkerparlament.

Die „Deutsche Tageszeitung“, die vor einigen Tagen
den baldigen Zusammentritt des Reichstages für wün-
schenswert erklärte, legt jetzt plötzlich darauf kein Gewicht
mehr. Sie schreibt nämlich:

„Nach menschlicher Voraussicht wird sie (die Regie-
rung) wohl Gelegenheit haben, sich früher zur Sache zu
äußern, auch dann, wenn der Reichstag erst Ende Novem-
ber zusammentreten sollte. Wir nehmen an, daß das Ab-
geordnetehaus, das bekanntlich gegen Ende Ok-
tober wieder zusammentritt, ihr Gelegenheit zu solcher
Äußerung bieten werde. Das ist deswegen wahrscheinlich
und nach unserer persönlichen Meinung geboten, weil die
vorgelegenen Maßnahmen, mit Ausnahme der Zollher-
absetzung und vielleicht der Herabsetzung des russischen
Schweinekontingents, Landesache sind. Die Regierung
dürfte wohl auch selbst das Bedürfnis empfinden, sich
deswegen mit den Vertretern des Landes auseinander-
zusetzen.“

Die Junker ziehen es also vor, sich mit Herrn von
Bethmann-Hollweg im preußischen Dreiklassenhaus aus-
einanderzusetzen, denn im Reichstag haben sie momentan
nicht mehr viel zu bedeuten.

Bürgerliche Kritik an den Maßnahmen der Regierung.

Reichstagsabgeordneter Leube, ein Fachmann in
Fragen des Fleisch- und Vieh-Imports, schreibt dem „Ber-
liner Tageblatt“:

Woher sollen denn nach der vorjährigen russischen
Mißernte nun plötzlich die dem deutschen Gaumen zu-
sagenden Fleischmengen aus Rußland kommen? Man
wußte ganz genau in Berlin, was man tat. Von dieser,
noch mit allerhand Einschränkungen versehenen Einfuhr-
erlaubnis ist keine Ermäßigung der Fleischpreise in
Deutschland zu erwarten. Die Einfuhrerlaubnis für
frisches Rindfleisch aus den entfernt liegenden drei Län-
dern Rumänien, Serbien und Bulgarien wirkt auf den
Kenner der Verhältnisse lächerlich. . . . Die Erlaubnis
zur Einfuhr lebender holländischer Schlachtvinder auf dem
Landwege, ohne Quarantäne, wird auch nur wie ein
Tropfen auf einen heißen Stein wirken. Das wenige,
was Holland in den letzten Jahren überhaupt noch
für die Ausfuhr übrig hatte, bekam Deutschland somieso
schon in geschlachtetem Zustande. . . . Es wird aber hier-
durch in hellem Lichte gezeigt, wie widerspruchsvoll und
der gesunden Vernunft ins Gesicht schlagend die Re-
gierungsmaßnahmen sind; denn das bannische Vieh muß
nach wie vor in den kostspieligen deutschen Quarantäne-
anstalten bei der Einfuhr untergebracht werden, während
dies jetzt bei holländischem Vieh nicht verlangt wird und
bei österreichischem Vieh auch noch nie verlangt worden
ist. Als letzte Maßregel wäre noch zu erwähnen die Auf-
hebung des Einfuhrverbots gegen frisches Rindfleisch aus
Belgien. Wer die Vorgeschichte dieses Verbotes kennt,
und weiß, daß Belgien schon seit Jahren genötigt ist,
zwecks Versorgung seiner Bevölkerung ausländisches
Fleisch und lebendes argentinisches Vieh hereinzulassen,
der versteht es auch, weshalb unsere „volksfreundliche“
Regierung diese „Erleichterung“ gewährt hat.“

Die jüdischen Freisinnigen auf dem Wahlrechts- raub.

Die Freisinnigen in Posen i. S. machen die ge-
plante Stadtverordnetenwahlentrichtung der Arbeiter und
kleinen Leute mit. Der Oberbürgermeister präsentiert an
Stelle des Listenwahlrechts ein Familienwahlrecht, wo-
nach den reichsten Wählern der Stadt ein achtmal größeres
Stimmrecht eingeräumt ist, wie den minderbemittelten
Bürgern. Die maßgebenden Ausschüsse haben den Ent-
wurf bereits gutgeheißen, derselbe wird am 8. Oktober der
Stadtverordneten zur Beratung vorgelegt werden. Es ist
kein Zweifel, daß das vollständig sozialistene Stadt-
parlament trotz des wuchtigen Protestes der Arbeiter den
Entrichtungsentwurf mit großer Mehrheit annehmen wird.
Bis jetzt hatte sich der Planener Kommunalrat als
Gegner der Wahlrechtsänderung erklärt. Doch ihre zur
Schau getragene Entrüstung war Heuchelei. Der frei-
sinnige Stadtverordnete Rechtsanwalt Dr. Schenker hat
einen anderen Entrichtungsentwurf eingebracht, der eben-
falls am 8. Oktober zur Beratung kommt. Dieser
Entwurf ist freisinniges Machwerk. Die zehn
freisinnigen Stadtverordneten unterstützen nicht
nur diesen Entwurf, sie haben auch an
der Ausarbeitung desselben regen Anteil genommen. Der
Oberbürgermeister will die „besonders wertvollen Bürger“
nur in eine höhere Abteilung versetzen, die Freisinnigen
hingegen wollen ihnen gleich ein Mehrstimmrecht geben.
Bis drei Stimmen sollen die „herausgehobenen Bürger“
erhalten. Nach diesem freisinnigen Entwurf soll ein Mehr-
stimmrecht bekommen: „Wer über 50 Jahre alt oder
verheiratet ist; wer über 15 Jahre Bürger der Stadt ist,
ein bürgerliches Ehrenamt bekleidet hat, einen selbständigen
Beruf ausübt, oder ein Einkommen von mindestens

4000 Mk. hier versteuert oder 50 Personen als Ange-
stellte oder Arbeiter beschäftigt; wer die Berechtigung zum
Einkaufsdienst hat und eine Stelle mit mindestens
2000 Mk. Jahreseinkommen bekleidet.“

Die Freisinnigen haben sich bis jetzt öffentlich als
Verfechter des bestehenden gleichen Wahlrechts ausgespielt,
dabei arbeiteten sie heimlich schon lange im Sinne des
Oberbürgermeisters. In der Spitze des Planener Kom-
munalrats steht der Abgeordnete Oskar Günther.

Abg. Eichhoff als Organisationszerstörer.

Nach der bisherigen Organisation der Fortschrittlichen
Volkspartei gehörten die Reichstagswahlkreise Elberfeld-
Barmen und Lennepe-Remscheid-Mettmann dem Rhein-
ischen Bezirksverbande mit dem Sitz in Düsseldorf an.
Vorsitzender des Rheinischen Bezirksverbandes ist der
Düsseldorfer Professor Schloßmann, dessen Initiative
es in der Hauptsache zuzuschreiben war, daß bei der letz-
ten Reichstagswahl und der vorhergehenden Erziehungswahl in
Düsseldorf die Freisinnigen, um das Zentrum zu Falle zu
bringen und die Reaktion zu bekämpfen, unsern Genossen
Haberland zum Siege verhalfen. Das erregte das Ärger-
nis des bergischen Fortschritts, dessen Oberhaupt der
frühere Reichstagsabgeordnete Eichhoff in Remscheid ist.
Kurz nach der letzten Reichstagswahl beschlossen in Elber-
feld-Barmen die Freisinnigen, die der bekannten Parole
ihrer Parteileitung nicht gefolgt waren, sondern aktiv und
passiv die Reaktion unterstützten, aus dem Rheinischen
Bezirksverbande auszutreten, weil ihnen die entschieden
liberale Düsseldorf-Richtung nicht behagte und sie
in Zukunft lieber auf den fortschrittlich-freikonservativen
Pfaden Eichhoffs wandeln wollten. Diese Ziele sollte ein
neu zu gründender Bergischer Bezirksverband, der die
Wahlkreise Elberfeld-Barmen, Lennepe-Remscheid-Mett-
mann und Solingen umfassen sollte, erstreben.

Am letzten Sonntag fand nun in Elberfeld eine Dele-
gierten-Versammlung statt, an der 73 Vertreter aus 12
fortschrittlichen Vereinen der Wahlkreise Elberfeld-Barmen
und Lennepe-Remscheid-Mettmann, die 2237 Mitglieder
umfassen, teilnahmen, um die Konstituierung des Berg-
ischen Verbandes vorzunehmen. Die Solinger Freisinn-
leute hatten erklärt, daß sie nicht mitmachen, sondern im
Rheinischen Bezirksverband verbleiben wollten. So kon-
stituierten sich denn die Fortschrittler obiger zwei Wahl-
kreise zu dem neuen Bergischen Bezirksverband, der
als Gegengewicht zu der Düsseldorf-Richtung
die bequemere fortschrittlich-freikonservative Methode
Eichhoffs vertritt und dementsprechend mehr wie bisher
noch eine Avantgarde der Reaktion gegen die Sozial-
demokratie bilden soll.

Dernburg als Nachfolger Marschall v. Biebersteins?

Ein englisches Blatt läßt sich aus „einflußreichen Ber-
liner Kreisen“ melden, daß Staatssekretär a. D. D e r n -
b u r g zum deutschen Botschafter in London ausersehen
sei. Das „Berliner Tageblatt“ bemerkt dazu: „Das Ge-
rucht, daß Bernhard Dernburg für den Londoner Bot-
schafterposten in Frage komme, wurde allerdings auch in
Deutschland verbreitet. Die ganze Botschafterfrage scheint
indefinit bis zur Rückkehr des Kaisers aus Rominten ver-
tagt zu sein.“

Das ganze Gerucht ist offenbar nicht mehr, als ledig-
lich ein fauler Witz. Seine Freunde trauen Herrn Dern-
burg natürlich die Fähigkeit zu, jeden Posten bekleiden
zu können und sie sind es offenbar auch gewesen, die auf
dem Umweg über London die Aufmerksamkeit auf den
früheren Kolonial-Staatssekretär gelenkt haben.

Hilfsbereite Professoren.

Die „National-Zeitung“ hat von einigen Professoren
Gutachten über die Beurteilung der Genossen Borchardt
und Leinert eingeholt und die um ihre Ansichten Be-
fragten beeilen sich, dem Gericht und dem Staatsanwalt
mit ihrer „Wissenschaft“ beizuspringen.

v. J a g e m a n n, der ehemalige badische Gesandte,
der sich gleich nach seinem Rücktritt von der Gesandtschaft
im Jahre 1904 mit seiner Staatsrechtstheorie
würdig als Staatsrechtslehrer einführte, antwortet,
„daß er eine harte Ordnungsgewalt der Parlaments-
präsidenten gegen Ausschreitungen der Mitglieder nach
mangelnder Vorwarnung unserer Zeit als im Interesse
des konstitutionellen Lebens selbst gelegen finde, und
auch von der veröffentlichten Begründung des Urteils
im Prozeß Borchardt-Leinert bezüglich der Rechts-
beständigkeit des § 64 der Geschäftsordnung des preußi-
schen Abgeordnetenhauses einen überzeugenden
Eindruck empfing. Uebrigens sei auf ein Monate
nachhinkendes Strafverfahren weniger Wert zu legen,
als darauf, daß unmittelbar nach einer Störung die
Ordnung wieder hergestellt werde, wie es
im vorliegenden Falle ja erfolgreich bewirkt wurde.“

Professor Dr. S i e r - S o m l o schreibt:

„Das landgerichtliche Urteil über die Abgeordneten
Borchardt und Leinert finde ich gerecht. Jede Kam-
mer des preußischen Landtages ist befugt, ihren Ge-
schäftsgang und ihre Disziplin durch eine Geschäftsord-
nung zu regeln (Art. 78 Verf. Urf.), die aber weder
gegen diese Verfassung selbst, noch gegen andere Gesetze
des Reichs oder Preußens verstoßen darf. Diese Voraus-
setzungen treffen aber zu auf § 64 der Geschäftsordnung,
mag man über seine politischen Beweggründe und un-
erwünschten Folgen denken, wie man will. . . . Die
Polizeibeamten, deren sich der Präsident des Abgeord-
netenhauses bedient hat, waren lediglich seine aus-
führenden Organe gewesen, nicht aber haben sie eine
selbständige polizeiliche Handlung aus eigenem Rechte
vorgenommen. Wenn daher das Verhalten des Präsi-
denten auf Grund des § 64 der Geschäftsordnung recht-
lich zulässig war, so auch das der seine Anordnung ver-
wirklichenden polizeilichen Kräfte. . . . Haben sich die
Polizeibeamten nach alledem in der rechtmäßigen Aus-
übung ihres Amtes befunden, so ist die Strafbarkeit
derjenigen, die ihnen mit Gewalt Widerstand geleistet
haben, gemäß § 113 St. G. B. gegeben. Hatte die Ge-
schäftsordnung zweifellos die Befugnis, den Ausschluß
der Abgeordneten vorzusehen, so war auch nach Lage der
Dinge der Tatbestand des Hausfriedensbruchs, wenig-
stens für den Abgeordneten Borchardt erfüllt. . . . Es
ist sehr zu wünschen, daß das Reichsgericht

das Urteil bestätigt, noch mehr aber, daß sich in
Zukunft keine Gelegenheit mehr bietet, den § 64 der Ge-
schäftsordnung in solch strenger Weise zur Durchführung
zu bringen.“

Es haben sich noch alle Zeit Professoren gefunden,
die eine im Interesse der Herrschenden gelegene Justiz-
aktion verteidigten und wie man sieht, finden sie sich
heute noch. 1848 sang man mit Bezug auf die Zusam-
mensetzung der Nationalversammlung: 150 Professoren,
Vaterland Du bist verloren! Das Wort gilt für eine ge-
wisse Sorte Professoren heute noch.

Der Kampf um die Jesuiten.

Außer den bayerischen Bischöfen haben, wie die
„Tägliche Rundschau“ erfährt, auch die übrigen Bischöfe
Deutschlands in der Angelegenheit des Jesuitengesetzes
eine Eingabe an die Bundesregierung gemacht. Die Ein-
gabe verlangt die Beseitigung des Jesuitengesetzes. Sie
betont, daß die katholische Kirche auf die Mitarbeit aller
ihrer Orden unbedingt angewiesen sei und auf die Mit-
arbeit keines derselben verzichten könne, und daß
ferner jedes Gesetz, das die Tätigkeit eines dieser Orden
einschränken wolle, als ein Angriff auf die ganze katho-
lische Kirche und ihr Oberhaupt anzusehen sei.

Gegen den Abonnentenversicherungsunfug.

Im Reichsamt des Innern wird eine Denkschrift über
den Umfang der sogenannten Abonnentenversicherung aus-
gearbeitet. Die Frage des Verbots der Abonnentenver-
sicherung ist im Reichstage und in der Presse wiederholt
besprochen worden. Die Reichsleitung hat nun die Bundes-
regierungen erucht, ihre Erfahrungen auf diesem Gebiete
dem Reichsamt des Innern mitzuteilen, und dieses hat
das eingegangene Material zu einer Denkschrift verarbeitet.

Osterreich-Ungarn.

Wahlen in Osterreich. Das durch den unglück-
lichen Tod des Genossen Silberer erledigte Mandat
zum österreichischen Abgeordnetenhaus ist
am Dienstag von der Sozialdemokratie in der Stichwahl
wieder erobert worden. Ihr Kandidat Genosse
Müller erhielt 8214 Stimmen, sein christlichsozialer
Gegner Prochaska 7176 Stimmen. — Dagegen siegte am
Montag bei der Stichwahl in Neutitschein der Deutsch-
radikale Dr. Bodirsky über den Genossen Nießner.
Letzterer erhielt 3057, ersterer 3594 Stimmen. Der Aus-
gang ist eine beträchtliche Verbesserung des Stimmenver-
hältnisses gegenüber dem vorigen Jahre zugunsten der
Sozialdemokratie. Voriges Jahr erhielten in der Stich-
wahl Nießner 2823, Ulrich 4021 Stimmen. — In Wien
waren auch zwei Gemeinderatswahlen zu voll-
ziehen. Leider konnte das Gemeinderatsmandat des Ge-
nossen Forstner in Fünfsau, das von den Christ-
lichsozialen annulliert worden war, nicht behauptet werden;
die Christlichsozialen siegten hier mit einer geringen Ma-
jorität. Ebenso unterlagen unsere Genossen bei der Wahl
der Bezirksvertretung in Ottakring mit etwa 1900
gegen etwa 2000 christlichsoziale Stimmen.

Italien.

Friedensverhandlungen zwischen der Türkei und
Italien haben angeblich zu einem Ergebnis geführt. Über
die Bedingungen will man vorläufig noch nichts verlauten
lassen.

Rußland.

Eine Matrosenmeuterei. Montag sind in Seba-
stopol Verhaftungen auf dem Kreuzer
„Pamjet Merkurja“ vorgenommen worden. Zwei
Unteroffiziere und 12 Matrosen wurden auf
das schwimmende Gefängnis „Pruth“ gebracht. Das
Gefängnis ist so verankert, daß ein einziger Schuß
aus den Batterien von Sebastopol es zum Versinken
bringen kann.

Amerika.

Der mexikanische Aufstand. Nach einer Depesche
aus der Stadt Mexiko haben die Aufständischen am
Sonntag den amerikanischen Bizekonsul in
Durango, Mc Caugh, und zwei andere Amerikaner, den
Leiter und den Besitzer der Tierzuchtfarm San Juan,
Laviage ermordet. Der amerikanische Konsul in Du-
rango hat den Botschafter in Mexiko erucht, einen Druck
auf die mexikanische Regierung auszuüben, daß sie mehr
Truppen zur Verfolgung der Aufständischen entsende.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 8. Oktober.

Zur Beschäftigung des Jugendheimes der Lübecker
Arbeiterzeitung sind die Mitglieder des Ausschusses des
Sozialdemokratischen Vereins am Sonnabend abend
9 Uhr nach der Wahnstraße 58, 1. Etage, eingeladen.

Rentenanprüche der Reservisten. Allen in diesen Tagen
entlassenen Reservisten dienen die folgenden Fingerzeige
über etwaige Rentenanprüche für im Dienste erlittene Ver-
letzungen. Das Gesetz über die Versorgung der Personen
der Unterlassen des Reichsheeres, der Marine und der
Schutztruppen vom 31. Mai 1906 bestimmt u. a. folgendes:
Die zur Klasse der Unteroffiziere und Gemeinen gehörenden
Personen des Soldatenstandes haben bei der Entlassung aus
dem aktiven Dienste Anspruch auf eine Militärrente, wenn
und so lange ihre Erwerbsfähigkeit infolge einer Dienst-
beschädigung aufgehoben oder um wenigstens 10 Prozent ge-
mindert ist. Eine weitverbreitete Ansicht ist die, daß nur
Dienstunfähige Anspruch auf Rente haben. Zwar sind die
Rentenanprüche in der Regel vor der Entlassung geltend
zu machen, jedoch ist die Anmeldung auch nach der Entlassung
noch möglich, wenn der Verlust oder die Minderung der Er-
werbsfähigkeit auf eine Dienstbeschädigung zurückzuführen
ist. In diesem Fall muß die Anmeldung innerhalb zwei
Jahren nach der Entlassung erfolgen. Bei der Beurteilung
des Grades der Erwerbsunfähigkeit ist der von dem Ver-
letzten vor seiner Einstellung in den Militärdienst ausgeübte
Beruf maßgebend. Hat der Verletzte keinen besonderen Be-
ruf ausgeübt, so erfolgt die Beurteilung nach der allgemeinen
Erwerbsfähigkeit. Als Dienstbeschädigungen gelten Gesund-
heitsstörungen, die infolge einer Dienstverletzung oder durch
einen Unfall während der Ausübung des Dienstes einge-
treten oder durch die dem Militärdienst eigentümlichen Ver-
hältnisse verursacht oder verschlimmert sind. Erforderlich ist
also nicht, daß die Dienstbeschädigung auf einen Unfall zu-
rückzuführen ist. Die dem Militärdienst eigentümlichen Ver-
hältnisse, wie Witterungseinflüsse, große Kälte oder Hitze

können Krankheiten erzeugen, die zu Dienstbeschädigungen werden, Mißhandlungen werden grundsätzlich als Dienstbeschädigungen anerkannt. Vorzüglich herbeigeführte Gesundheitsstörungen werden nicht entschädigt.

Die Ortskrankenkasse in Lübeck hatte am 1. Oktober 1912: 24 000 Mitglieder gegen 22 638 im Jahre 1911. Auf Männer entfielen davon 16 678 (1911 15 467), auf Frauen 7414. (1911: 7176). Erwerbsunfähigkrank waren am letzten Sept. 1912: Männer 327 (1911: 316) und Frauen 224 (1911: 219). Ausweisscheine für Familienangehörige zur Inanspruchnahme ärztlicher Behandlung wurden im Sept. 1763 (1911: 1861) erteilt. Sterberegeln wurde im Sept. für Mitglieder in 18 Fällen, für Angehörige in 37 Fällen gesahlt. Übertretungen erwerbsunfähiger Mitglieder gegen die sachungsmäßigen Verhaltensvorschriften waren in 16 Fällen mit Strafe zu belegen. Wegen verspäteter Meldung zur freiwilligen Fortsetzung der Mitgliedschaft im Anschluß an die beendete versicherungspflichtige Beschäftigung haben im Sept. 9 Abweisungen erfolgen müssen. Die freiwilligen Kassenbeiträge müssen Mittwoch und Donnerstags untermittags in den Vormittagsstunden entrichtet werden.

Aus dem Gerichtssaal. Das Schöffengericht verurteilte eine hiesige Pensionärin zu fünf Tagen Gefängnis, weil sie auf dem Friedhofe von fremden Gräbern Ästern entwendet hatte, mit denen sie das Grab ihrer Mutter schmückte. Da es schon wiederholt vorgekommen ist, daß Blumen von Gräbern entwendet wurden, mag dieses anderen zur Warnung dienen.

Militaria. Vor dem Kriegsgericht der 17. Division hatten sich gestern zwei dem hiesigen Regiment angehörende Musketiere zu verantworten. Der Musketier G., der gefesselt vorgeführt wurde; entließ am 18. August seinem Truppenteil aus dem Lockstedter Lager und reiste zu seinem früheren Arbeitgeber nach Ikehoe, wo er übernachtete. Am nächsten Morgen ging er fort, kehrte aber heimlich zurück und versteckte sich auf dem Boden, wo er fünf Tage blieb. Seine Nahrung bestand nur aus Brot. Zu günstiger Zeit drang er dann in die Wohnung der Leute und stahl einen Zivilanzug, ein Paar Stiefel, Wäsche, eine Damenuhr im Werte von 80 Mark, einen goldenen Ring und 10 Mark Bargeld. Nachdem die Uniform mit dem Zivilzeug vertauscht war, reiste G. nach Hamburg. Hier war die Beute bald zu Geld gemacht und aufgezehrt. Um sich neue Mittel zu verschaffen, ließ G. sich in einem Haus am Bauisplatz einschließen, drang zur Nachtzeit nach Zertrümmerung einer Türscheibe in ein Manufakturwarengeschäft, stahl dort Kleidungsstücke und erbrach eine Kasse, die 65 Mk. enthielt. Bevor er sich mit seinem Raub entfernen konnte, erfolgte seine Verhaftung durch Schutzleute, die ihn beobachtet hatten. Dabei gab er einen falschen Namen an. In der Untersuchungshaft fand er einen Meißel, mit dem er Mauersteine lockerte, um auszubringen. Auch dabei wurde er abgefaßt. Vor dem Gericht gab er als Grund zur Flucht an, der Dienst sei ihm zu schwer gewesen und ein Arzt habe seine Krankmeldung nicht berücksichtigt. Das Gericht verurteilte ihn antragsgemäß wegen Fahnenflucht, Preisgabe von Dienstgegenständen, einfachen und schweren Diebstahls im wiederholten Rückfall, Führung falschen Namens und Beschädigung von Dienstgegenständen zu einer Gesamtstrafe von 2 Jahren 14 Tagen Gefängnis und zu 3 Jahren Haft, sowie zur Verweisung in die 2. Klasse des Soldatenstandes. — Fahnenflucht und Diebstahl beschäftigte das Kriegsgericht in einer zweiten Verhandlung. Angeklagt war der schon mehrfach vorbestrafte Musketier K. vom Regiment Lübeck. Auch er rückte seinem Truppenteil aus, stahl einen Zivilanzug, den er mit der Uniform vertauschte. Er ernährte sich mit dem Inhalt von Brotbeuteln, die er plünderte und verübte einen Einbruch in eine Bauhütte. Die Nächte verbrachte er in den Anlagen. Am 10. August wurde K. aufgegriffen und verhaftet. Der geständige Angeklagte wurde zu 18 Monaten Gefängnis und zur Verweisung in die 2. Klasse des Soldatenstandes verurteilt.

Ein größeres Quantum Seefische stellt die Fischhandlung von Pamann am morgigen Freitag in der Markthalle um Verkauf. (Siehe Inserat.)

Erfolgreiche Sendung. Amtlich wird bekannt gemacht, daß die Rotlaufseuche auf dem Hofe des Schlossers Krogmann, Ziegelstraße, sowie auf dem Gehöfte des Landmannes Kallies in Behlendorf erloschen ist.

Handelsregister. Am 2. Oktober 1912 ist eingetragen: bei der Firma A. Jugwerfen & Co. in Lübeck: Offene Handelsgesellschaft. Persönlich haftende Gesellschafter sind: Ehefrau F. A. Jugwerfen in Lübeck, 2. Kaufmann R. W. Schumacher in Hamburg. Die Gesellschaft hat am 1. Juli 1912 begonnen; 2. bei der Firma Hans Renzow in Lübeck: Das Geschäft mit der Firma ist auf die Kaufleute S. F. Chr. Schumacher und O. R. A. Schröder, beide in Lübeck, als persönlich haftende Gesellschafter übergegangen. Offene Handelsgesellschaft. Die Gesellschaft hat am 1. Oktober 1912 begonnen. Der Übergang der in dem Betriebe des Geschäfts begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten auf die Gesellschaft ist ausgeschlossen.

Lübeckisches Adressbuch. Für die Neuausgabe 1913 sind heute die Umfragen. Die Angestellten des Verlages sind angewiesen, persönlich von Wohnung zu Wohnung zu gehen, sich der Aufgabe des Einsammelns in zuvorkommender Weise zu unterziehen und sich nicht mit der noch so häufigen Antwort: „bleibt alles so“ zu begnügen. Die gewünschte Auskunft sollte im Interesse eines richtigen Adressbuchs ausführlich gegeben werden. Falls ein Adressenanwender nicht in jeder Wohnung vorfragen sollte, oder sich sonst vernachlässigt, ist dem Verlage davon möglichst umgehend Mitteilung zu machen.

Gefundene Gegenstände. Im Monat September d. J. sind beim Polizeiamt als gefunden eingeliefert bzw. angeeignet und nicht wieder abgefordert: Mehrere Portemonnaies mit Inhalt, 1 größerer Geldbetrag in Papier gewickelt, goldene Brofchen, 2 Granat- und 2 silberne Büfennadeln, goldene und 1 Korallen-Palskette, mehrere Damenuhren, Medaillon mit 2 Kinderphotographien, 1 Golddubleelneifer, 1 geräucherter Schinken, diverse Handtaschen mit Inhalt, 1 Fahrrad, 1 Damenschirm, 1 Stuhl mit Nagelpflege, Utensilien, 1 Patent-Weißtuch, 1 Plaidtuch, 1 Knaben-odenanzug, 1 Kinderwagendecke, 2 Hüte, 1 Mütze, 1 alter Leinwandanzug, 1 Handtuch, 1 Saft Kartoffeln, 1 Lebehuch, Paket Blumendraht, 1 Hundemantel, 1 Rasierapparat und 1 Paket mit Weintrauben, Schokolade und Bonbons.

h. Sanfttheater. Ein neues, abwechslungsreiches Programm wird den Besuchern des Theaters von der rührigen Direktion geboten. Wenn auch nicht gerade alles neu ist, was zur Aufführung gelangt, so ist doch jede einzelne Nummer wert, gesehen zu werden. Ein Genug ist es, die drei Schwestern Florida in eleganter Weise ihre turnerischen Darbietungen vollführen zu sehen. Die jugendfrischen, dabellos gewachsenen Mädchen sind sicher eine Fierde des Programms. In demselben Genre arbeitet auch das „Las-Trio“, das im zweiten Teil nochmals in einer pantomime auftritt. In beiden Nummern zeichnet sich besonders das jüngere männliche Mitglied, durch die von ihm

mit großer Exaktheit und Sicherheit ausgeführten halbbrecherischen Schwingen und Saltos aus. Eine phänomenale Stimme besitzt Kitty Dorée, die sich selbst den weiblichen Karuso nennt. Die von ihr zu Gehör gebrachten Lieber schmettert sie mit Leichtigkeit und großer Gewalt und dabei doch in angenehmer Weise ins Publikum hinein. Ihr reiches sich würdig an Rosa Loysel als Soubrette. Daß auch der Humor nicht zu kurz kommt, dafür sorgen Holton und Luds mit ihrem Exzentrik-Act, sowie der Tanzkomiker Fritz Brumm und der Grotesk-Humorist Arthur Wolff. Letzterer erzählte in sächsischer Mundart seine Lebensgeschichte und erntete damit Stürme des Beifalls. Daß selbst den angeblich so dummen Gänfen allerlei Kunststücke beigebracht werden können, zeigt uns General Fox an seiner dreiflügeligen Gänsegarde. Er läßt sie im Parade-marsch marschieren, nach Kommando Wendungen ausführen, eine Kutschbahn hinuntergleiten, ja eine der Gänse spielt sogar Klavier, indem sie mit ihrem Schnabel nacheinander die Tasten berührt und somit die Melodie eines Liebes hervordringt. Schließlich sind noch zu nennen Chr. und Lilly Klein, die musikalischen Gebirgsrägler, die durch allerlei humoristisches Weiwert ihre Vorstellungen zu würzen wußten. Reicher und wohlverdienter Beifall lohnte alle Künstler. Leider war das Publikum nicht so zahlreich erschienen, wie es die Direktion für ihre Mühenhaltung verdient hatte. Doch ist es ja noch nicht zu spät, das Versäumte nachzuholen, denn wert gesehen zu werden, ist sicher auch das neue Programm.

Neues Stadt-Theater. Aus der Kanzlei des Stadt-Theaters schreibt man uns, daß sich die Direktion veranlaßt sieht, das hier wie überall mit so reichem Beifall aufgenommene Lustspiel „Die fünf Frankfurter“ von Carl Köhler am Sonntag, den 6. d. Mts. als erste Nachmittags- und Fremdenvorstellung zu kleinen Preisen zu wiederholen. Am Abend findet die hiesige Erstaufführung von Leo Falls neuester Operette „Der liebe Augustin“, die bereits schon hunderte von Aufführungen hinter sich hat und ihre außerordentliche Zugkraft stets neu bewährt, statt.

Deffentliche Trinterfürjorgestelle Lübeck (Parade 1). Nächste Sprechstunde am Freitag, dem 4. ds. Mts., abends 6—7 Uhr.

Schwartzau. Die Sprechstunde des Arbeitersekretariates findet morgen — Freitag — von 5 bis 8 Uhr nachmittags im Lokale des Herrn Pinkert, „Transval“, statt.

Väter und Mütter der Arbeiterschaft!

Schickt eure schulentlassenen
Söhne und Töchter zu den
Veranstaltungen der :: ::

Freien Jugend Lübecks!

Hamburg. Eine Wahlrechtsdebatte in der Bürgererschaft. Es kam wieder mal ganz anders, als die Drahtzieher der reaktionären Politik es gewünscht und prophezeit hatten. Der sozialdemokratische Wahlrechtsantrag wurde nicht mit kurzen Bemerkungen abgetan, wie das „Fremdenblatt“ im trauten Verein mit den „Hamb. Nachrichten“ es empfahlen hatten, sondern die Wahlrechtsfrage wurde in vollem Umfang aufgerollt und gab der ganzen Sitzung ihr charakteristisches Gepräge. Schon bei der einleitenden Rede des Genossen Lesche, der den Antrag unserer Fraktion begründete, zeigte sich, daß die bürgerlichen Parteien diesmal nicht so leichten Kaufs um die ihnen allen unbehagliche Frage des allgemeinen gleichen Wahlrechts herumkommen würden. Lesche hatte namentlich bei der Verteidigung des Frauenwahlrechts einige sehr glückliche Momente, durch die er das Interesse nicht nur des Hauses, sondern auch der starkbesetzten Tribünen zu fesseln wußte. Die Vereinigten Liberalen hatten geglaubt, durch Einbringung eines eigenen Antrags, der nur die Abschaffung des geltenden Klassenwahlrechts forderte, sich einen bequemen Ausweg zu sichern. Ihr Wortführer, Dr. Petersen, ließ es auch nicht an Kunst der Beredsamkeit fehlen, um den liberalen Standpunkt trotz seiner bedenkenreichen, in die Augen springenden Wackligkeit als den solidesten und verständigsten hinstellen zu können. Seine geschickte Polemik gegen die alten Fraktionen lockte diese auch derart heraus, daß aus den programmgemäßen Erklärungen, auf die man sich verabredet hatte, sehr lebhaft Auseinandergerungen wurden, die den Wählern den unschätzbaren Nutzen brachten, daß sie daraus genau erkennen konnten, wie sie selbst, die Wähler, von den verschiedenen Parteien eingeschätzt werden. Die würdige Einschätzung wurde dabei den „nationalen“ Arbeitern zuteil, von denen wir nach der Versicherung des Herrn Rohde jetzt in Hamburg schon solche Massen haben, daß sie den drohenden Umsturz aufhalten und die rote Flut endgültig eindämmen werden. Durch ihre eigene Rechtlosigkeit nämlich. Denn das war der famose, von unserem Genossen Stolten in weiteren Laufe der Debatte gebührend beleuchtete Schluß der Rohde'schen Weisheit, daß man mit Rücksicht auf die erstarkende nationale Arbeiterbewegung das Wahlrecht nicht beseitigen dürfe. Danach muß ja das hanseatische Bürgertum ganz heillosen Angst vor seinen eigenen proletarischen Schülern haben. Offenbar beschränkt es, daß diese samt und sonders sozialdemokratisch wählen. Auch sonst brachte der Abend noch manches heitere und charakteristische Bekenntnis schöner reaktionärer Seelen. Das versteht sich von selbst, wenn Männer wie der „König Stumm“ von Bergedorf, Herr Sieverts, oder Herr Bindemann das Rednergestühl besteigen. Herr Bindemann gab sich diesmal besonders arge Blößen, so daß Genosse Lesche sich im Schlußwort noch besonders gegen ihn wenden mußte. Das Schicksal unseres Antrages selbst konnte nicht zweifelhaft sein, er wurde mit allen bürgerlichen Stimmen niedergestimmt. Der liberale Antrag verfiel ebenfalls der Ablehnung, doch ist bemerkenswert, daß außer unseren Genossen und den Liberalen auch die Herren Kämpel und Dr. v. Reiche für Beseitigung der Klassenstände stimmten. Daß uns dieses Resultat im kommenden Wahlkampf nur förderlich sein kann, hatte Stolten der Mehrheit noch vor der Abstimmung zu verstehen gegeben. — Das Millionenprojekt des neuen Hafens in Cuxhaven wurde von der Bürgererschaft ohne viele Worte genehmigt.

Hamburg. Das „Hamburger Echo“, das am 2. Oktober das Jubiläum seines 25jährigen Bestehens beging, erschien aus diesem Anlaß in Form einer Gedenknummer. Auf dem Titelblatt ist die erste Seite der ersten „Echo“-Nummer im Originalformat wiedergegeben. Die

schwere Zeit des Sozialkämpfers lebt wieder auf, wenn man das Gekleitwort liest, daß Johannes Webbe, der Herausgeber und erste Redakteur dem „Echo“ voranschickte. Das Blatt sollte politisch völlig neutral gehalten sein, es sollte nur, wie sein Name sagte, der Widerhall dessen sein, was in den Zeitungsstimmen aller Richtungen laut wurde. Trotz dieser Versicherung seines ungefährlichen Charakters muß Webbe in derselben Nummer schon mitteilen, daß er auf Grund des Sozialkämpfers aus dem nördlichen Belagerungsgebiet ausgewiesen sei. Die Polizei wollte eben das Erscheinen jedes Blattes, an dem bekannte Sozialdemokraten mitarbeiteten, unmöglich machen. Mit Hilfe des Schandkämpfers war es ja auch gelungen, die Vorläufer des „Echo“, vom „Hamburg-Altonaer Volksblatt“, das bereits 1878 unterdrückt wurde, bis zur „Bürgerzeitung“ zu verbieten. Dem „Echo“ aber konnte man, trotz eifriger Bemühung, nicht an den Kragen. Es überlebte das Ausnahmegesetz und machte in den folgenden Jahren eine Entwicklung durch, die getreulich mit dem Aufstieg der Arbeiterbewegung in Hamburg-Altonaer Städtegebiet Schritt hielt. Heute zählt es 76 000 Abonnenten und ist eben wieder dabei, seine Betriebsräume beträchtlich zu vergrößern. Für die deutsche Gesamtpartei war das Gelingen des Hamburger Parteiorgans, dessen Verlag unter der bekannten Firma Nuer u. Co. sich seit 1890 in Parteiregie befindet, von jeher von besonderer Bedeutung. Lange Zeit war es das größte der Parteigeschäfte und seine günstigen Finanzabschlüsse kamen der Gesamtpartei oft vorteilhaft zufluten.

Hamburg. Wegen versuchten Gattenmordes stand der 50jährige Mauerergeselle Reinhold Höppner aus Niekermunde vor dem Schwurgericht. Der Angeklagte, der sich inzwischen mit seiner Gattin wieder ausgesöhnt hat und in ehelicher Gemeinschaft lebt, gab am 18. Mai mehrere Revolvergeschüsse auf Frau und Tochter ab, durch die beide verletzt wurden. Die Gattin hatte sich geweigert, das eheliche Zusammenleben mit dem Manne wieder aufzunehmen. Das Urteil lautete auf drei Jahre Gefängnis.

Kiel. Die städtischen Kollegien und die Teuerung. In der letzten Kollegien Sitzung kamen die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion zur Hebung der Teuerung zur Verhandlung. Die Anträge verlangen: 1. An den Bundesrat das Ersuchen zu stellen, daß eine sofortige Einberufung des Reichstages erfolgt und diesem eine Vorlage unterbreitet wird, die wenigstens die zeitweilige Aufhebung der Zölle auf Lebens- und Futtermittel, die Öffnung der Grenzen für die Einfuhr von Schlachtvieh und die Beseitigung oder Milderung derjenigen Bestimmungen des Schlachtvieh- und Fleischbeschaugesetzes, welche die Einfuhr von Gefrierfleisch, frischem und zubereitetem Fleisch so gut wie verhindern, vorsieht. 2. Der Magistrat wolle unverzüglich Maßnahmen einleiten, die geeignet erscheinen, zur Linderung der für den kommenden Winter zu befürchtenden Notlage weiter Bevölkerungskreise beizutragen und die Versorgung der Bevölkerung mit den notwendigen Lebensmitteln zu erschwinglichen Preisen zu fördern. Bürgermeister Lindemann erklärte für den Magistrat, daß wirksame Maßnahmen gegen die Teuerung nur vom Reiche getroffen werden könnten. Infolge des wachsenden Fleischkonsums und der Zunahme der Bevölkerung sei die heimische Landwirtschaft nicht in der Lage, den deutschen Markt ausreichend mit Fleisch zu versorgen. Von der Stadt könnten aber nur die Teuerung gering beeinflussende Maßnahmen getroffen werden. — Unsere Genossen und mehrere bürgerliche Stadtverordnete traten entschieden für energische Maßnahmen ein. Das Resultat der Debatte war, daß man eine Kommission einsetzte, die über zu ergreifende Maßnahmen beraten soll. Dieser Kommission wurden auch die Anträge unserer Genossen überwiesen. Diese Kommission soll auch eine Petition an den Bundesrat vorbereiten. — In der Versammlung der Stadtverordneten wurde noch eine interessante Angelegenheit erörtert. Durch die Pleite des Oberbaurmeisters im Baugewerbe, des früheren Stadtverordneten Frauen, sind eine große Anzahl Arbeiter um etwa 6000 Mark Lohn geprellt worden. 17 Arbeiter eines städtischen Baues, den Frauen auszuführen hatte, haben rund 1000 Mk. eingebüßt. Von den beteiligten Organisationen ist nun eine Eingabe an die Stadtverordneten gemacht worden, daß sie einzutreten, daß den 17 Arbeitern von der Stadt der Lohn gezahlt wird. Die Stadtverordneten beschloßen, diese Eingabe beim Magistrat zu befürworten. So werden hoffentlich diese 17 Arbeiter wenigstens ihren sauer verdienten Lohn erhalten.

Neustrelitz. Aus der besten der Welten. Die in unglücklichen Vermögensverhältnissen lebenden Eheleute Rante, die Kinder in Pflege nehmen, sollten gestern gepfändet werden. Am Morgen fand die Milchfrau einen aus Berlin stammenden, in Pflege befindlichen dreijährigen Knaben tot auf der Erde liegen. Der Ehemann Rante hatte ihn mit einem Hammer erschlagen. Die Frau lag schwer verletzt im Bett, an ihrem Aufkommen wird gezwweifelt. Der Mann versuchte sich nach der Entdeckung der Tat die Pulsadern durchzuschneiden, er wurde von der Polizei daran gehindert und in Haft genommen.

Friedland i. M. Ein schweres Eisenbahnunglück ereignete sich Dienstag abend kurz vor 8 Uhr in dem Betriebe der Mecklenburg-Bommericher Schmalspurbahn zwischen den Stationen Lönitz und Schmutzgerow. Von Anklam aus war ein Güterzug in der Richtung nach Lönitz abgelassen, der Kartoffeln nach dort bringen sollte. Als der Zug die genannte Stelle passierte, wurde plötzlich durch den orkanartigen Sturm eine Wappel quer über das Geleise geworfen. Trotzdem der Lokomotivführer sofort Gegenampf gab, war das Unglück nicht mehr zu verhindern. Der starke Baum fiel auf das Führerhaus, das vollständig eingedrückt wurde. In ihm befanden sich außer dem Lokomotivführer Faustel und dem Heizer Trost auch der Schaffner Kellermann, weil kein Bremswagen genommen war. Dem Schaffner Kellermann wurde der Brustkorb eingedrückt, so daß er nach wenigen Minuten starb. Dem Heizer, der zwischen Führerhaus und Kessel eingeklemmt war, drang die Handbremse tief in den Körper ein. Außerdem erlitt er schwere Brandwunden am Kopf und am Unterarm. Der Lokomotivführer kam mit milder schweren Verletzungen davon, da er sich rechtzeitig in Sicherheit bringen konnte. Die Verletzungen des Heizers sollen so ernster Natur sein, daß wenig Hoffnung besteht, ihn am Leben zu erhalten. Erst nach vierstündiger Arbeit, gegen 12 Uhr abends, konnte der Bedauernswerte aus seiner gefährlichen Lage befreit werden. An dem Unglück ist einzig und allein der orkanartige Sturm schuld. Die Aufräumungsarbeiten waren Mittwoch morgen 5 Uhr beendet. Eine Betriebsstörung fand auf der Strecke nicht statt.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling, Verleger: E. H. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Konsumverein für Lübeck und Umgegend

e. G. m. b. H.

Die Neueröffnung

unserer Warenabgabestelle für

Manufakturwaren und Hausstandsgegenstände Königstrasse III

erfolgt am Sonnabend, dem 5. Oktober 1912.

Diese durch den ständig steigenden Umsatz notwendige Verlegung von dem bescheidenen Laden in der Glandorpstraße, setzt uns in den Stand, unseren geehrten Mitgliedern in größeren, geeigneteren Räumen die in Betracht kommenden Waren in besserer Auswahl wie bisher anbieten zu können.

Gleichzeitig sind wir durch den jetzt möglichen größeren Einkauf in Verbindung mit der

Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine in Hamburg

in der Lage, bedeutend billiger einkaufen zu können, wodurch wir unseren Mitgliedern auch auf diesem Gebiete Vorteile bieten.

In nachstehendem lassen wir einige Artikel folgen, um unseren Mitgliedern die Vielseitigkeit auf diesem Gebiete in Erinnerung zu bringen.

Kleider- u. Blusenstoffe für Damen u. Kinder. Seide in den gangbarsten Farben. Besatzartikel, sämtliche Zutaten zur Schneiderei. Korsette. Wolle. Handschuhe. Strümpfe. Taschentücher. Normal-Unterzeuge. Krawatten. Schirme. Hosenträger. Bettzeuge u. Inlettes. Handtücher. Hemdentuche. Gardinen u. Rouleaus. Wachstuche. Flanelle. Damen- u. Kinderwäsche. Schürzen. Unterröcke. Arbeitergarderoben in nur bewährten Qualitäten. Bettfedern und Daunen. Porzellan, Glas, Steingut, Emaille. Eisen- und
 :: :: Holzwaren. Aluminiumgeschirre. :: ::

Wenn jedes Mitglied bei Bedarf von vorstehend aufgeführten Artikeln sich die Waren in diesem, dem **eigenen Geschäft** ansieht, wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Der Vorstand.

3888

Gesucht zu sofort eine tüchtige Haushälterin in gelegenen Jahren ohne Anhang nach dem Lande. 3887
 Ang. u. A. K. 113 an die Exped.
 Gesucht zum 1. Nov. 19. tauberes
Tagesmädchen.
 3885) Kleischauerstr. 54, part.

H. Beckmanns
Schuhgeschäft
 3 Reiferstrasse 3.
 Eingetroffen:
 Galtschiel mit Eisen 29. 10,50
 Kniefischel 15. —
 prima Qualität.
 Arbeitsstühle mit Eisen 5.75
 werthvolle Jagdschiel 6.75
 - Schnurhiesel 6.75
 - Schnurhiesel 7.50
 Herren Boxcost, Schnur-, Jag-
 u. Schnallenhiesel v. 8.75 an
 Damen-Schnurhiesel v. 5.75 an
 Sämtliche Knaben- u. Mädchen-
 schen billig. (3886)
 NB. Einzelpaare weit unter
 Einlaufpreis.
 Reparaturwerkstatt.
 Rote Rabatmarken.

Die Arbeiter-Garderoben aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck Otto Albers Kaktin.
 Markt 4 10
 sind vortheilhaft bekannt durch
 gute Verarbeitung u. sehr billige
 Preise. U. a.:
 Lederhosen . . . 2.20-4.45
 Blauerhosen . . . 2.60-4.75
 Schieferhosen . . . 1.88-2.25
 Überziehhosen . . . 1.68-2.25
 Jeans-Hosen . . . 1.68-2.25
 Kleine Jacken, Strümpfe u. gerabe,
 1.28, 1.25, 1.20, 1.15, 1.10, 1.05, 1.00,
 0.95, 0.90, 0.85, 0.80, 0.75, 0.70,
 0.65, 0.60, 0.55, 0.50, 0.45,
 0.40, 0.35, 0.30, 0.25, 0.20,
 0.15, 0.10, 0.05, 0.00
 3888) 1.28, 1.25, 1.20, 1.15, 1.10, 1.05, 1.00,
 0.95, 0.90, 0.85, 0.80, 0.75, 0.70,
 0.65, 0.60, 0.55, 0.50, 0.45,
 0.40, 0.35, 0.30, 0.25, 0.20,
 0.15, 0.10, 0.05, 0.00

Zu verkaufen eine Lederwalze, sehr gut erhalten 3868
 Meierstraße 6.
 Winterpaletot, gut für alten Mann, und 4 Stühle billig zu verkaufen (3871) Lindenstr. 45, pt.
Sargmagazin C. Weiß
 Schwartauer Allee 193
 übernimmt Erd- und Feuerbestattungen, sowie Ueberführungen.
 Großes Lager von Särgen, Wäsche usw.
 :: bei billigster Berechnung :: (3011)

Fischverkauf Markthalle
 Durch die
Fischhandlung von J. Hamann werden
Freitag, den 4. Oktober, zum Verkauf gebracht:
 Ca. 1000 Pfd. Schellfisch, Verkaufspreis 20 u. 25 Pfg. pro Pfd.
 Ca. 1000 Pfd. Seelachs, Verkaufspreis 20 Pfg. pro Pfd.
 Ca. 500 Pfd. Dorsch, Verkaufspreis 15 u. 20 Pfg. pro Pfd.
 Ca. 800 Pfd. Butt (großwüchsig), Verkaufspreis 20 Pfg. pro Pfd.
 Ca. 1500 Pfd. Butt (kleinwüchsig), Verkaufspreis 15 Pfg. pro Pfd.
 Ca. 1000 Pfd. Heringe, extra billig.
 Ferner: Ca. 400 Pfd. ausgejuchte große Butt usw.
 Die Fische treffen Freitag mit den Frühjungen ein und es wird für lebendige Qualität garantiert. (3890)

Wichtig, bitte bestimmt lesen.
 Nur zur Einführung von Ragoda
 Damit auch die kleinen Handlungen schon bis Ende d. J. eine Prämie auf unser beständiges und bestverkauftes selbstthätiges Schneidwaschmittel RAGODA erhalten können, geben wir gegen Einsendung von 5 Pfund 1 gute Schere, 1 H. Messer - Brosche, 1 H. Korallenkette, 1 H. Korb, ein. von 10 Pfund 3 Hühner-Essig, 1 echt silb. oder 3 Hühner-Silber-Taschentücher, 1 echt silb. Korb etc. Weiteres die Prospekt. Später nächsten Geschäftswoche von 10 resp. 20 Pfund abzugeben. RAGODA ist unübertroffen, überzeugen Sie sich davon! Einzig in seiner Art! D. R. G. M. Nr. 413124. Besondere Auszeichnungen. —
 Überall zu haben. 1 Pfund nur 55 Pfg., 1/2 Pfund 30 Pfg.
SCHUMANN & WILLE, Wittenberge.

Nathan der Weise.
 Drama in 5 Aufzügen von G. E. Lessing.
 Zur Vorbereitung des Arbeiter-Bildungsvereins sind Bücher
 a 20 Pfg. bei uns zu haben. (3877)
Friedr. Meyer & Co.,
 Johannisstraße 46.

Achtung!
 Jeden Freitag bin ich von 8 bis 1 Uhr mittags auf dem Brocksplatz (Sollentor) mit frischen billigen Nordseefischen und frischer Fischcarbonade Pfd. 40 Pfg. Kochrezepte gratis. 3846
Emilie Boy, Fischhandlung,
 Königstr. 61. Marktthalenit. 46.

Kohlenplatzarbeiter und Kutscher!
Sektions - Versammlung
am Freitag, 4. Oktbr.
 abends 8 1/2 Uhr
 im „Gewerkschaftshaus“
 Johannisstraße 50-52.
 Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.
 Zahlreiches Erscheinen der Kollegen erwünscht
 3883) Der Vorstand.

Hansa-Theater.
 3882) Abends 8 1/2 Uhr:
Das grosse Oktober-Programm.
General Fox
 mit seinen einzigartigen
Gänsedressuren.
Chr. u. Tilly Klein
 musikal. Bergkraxler m.
 ihrem Orig.-Bauernhof
 u. viele andere Attraktionen.
 Vorzugskarten gültig.
 11 Uhr Kabarett. Neue Kräfte.
 Prima Wein. Eintritt frei.

Bekanntmachung.
 Familienfeier halber ist mein Geschäft am Freitag, dem 4. Oktob., von 9 Uhr ab geschlossen.
Joh. Krellenberg,
 Johannisstraße 66. 3870

Lübeckisches Adressbuch 1913.
 Die Umfrage für die Ausgabe 1913 beginnt Donnerstag, den 3. Oktober. Wir bitten höflich, unseren Angehörigen, die im Interesse eines richtigen Adressbuches verpflichtet sind, in jeder Wohnung usw. persönlich vorzuzufragen, die gewünschte Auskunft freundlichst erteilen zu wollen. 3881
 Die Adressensammler haben strenge Weisung, gewissenhaft in jeder Wohnung nachzufragen. Wir bitten Nachlässigkeit oder unhöfliches Auftreten unserer Angestellten dem Verlag anzuzeigen.
Adressbuch-Verlag.
 Max Schmidt.
 Fernsprecher 499.

Neues Stadttheater.
 Freitag, den 4. Oktober.
 16. Vst. i. B.-U. 3. Vst. i. Freitag-Ab.
 Anfang 7 1/2 Uhr. Ende geg. 10 1/2 Uhr.
Der fliegende Holländer.
 Rom. Oper von R. Wagner.
 Große Preise.
 Sonnabend, den 5. Oktober.
 17. Vst. i. B.-U. 2. Vst. i. Sonnab.-Ab.
 Anfang 8 Uhr. Ende gegen 10 1/2 Uhr.
Samson und Dalila.
 Oper von Saint-Saëns.
 Große Preise.
 In Vorbereitung:
Der liebe Augustin.
 Operette von Leo Fall. 3875

mit dem Verkauf möglichst noch in dieser Woche zu beginnen. Den Metzger soll angeboten werden, den Verkauf mit einem Aufschlag von 10 Pfennig für das Pfund zu übernehmen. Falls diese sich hierzu nicht verstehen, wird die Stadt den Verkauf selbst übernehmen. Mit einem Händler wurde ein Vertrag auf Lieferung von wöchentlich 20 Stück dänischem Rindfleisch abgeschlossen.

In D o r t m u n d setzte die Stadtverordnetenversammlung eine Lenkungscommission ein, die voraussichtlich städtische Fleischverkaufsstellen errichten wird, da die Metzger es abgelehnt haben, dänisches Fleisch, das die Stadtverwaltung einkaufen will, zum Verkauf zu bringen.

In M o r d h a u s e n haben die Vertreter der Fleischerinnung im Auftrage der Stadt dänisches Fleisch eingekauft, das sie zum Durchschnittspreis von 85 Pfg. abgeben. Das Urteil über die Qualität ist allgemein ein günstiges.

In S t u t t g a r t wählte die Fleischerinnung eine aus drei Mitgliedern bestehende Kommission, die im Ausland Fleisch einkaufen soll.

Die Stadt Frankfurt läßt in einer städtischen Halle Gefrierfleisch durch eine gemeinnützige Gesellschaft verkaufen, nachdem die Metzger sich geweigert haben, den Verkauf zu übernehmen. Eine Anzahl renitenter Metzgermeister belagern die Stände, um die Kauflustigen vor dem Ankauf von Gefrierfleisch zu warnen. Die Verkäufer konnten bisher nur mit Mühe ihr Geschäft versehen.

Die E l b e r f e l d e r Stadtverordnetenversammlung stimmte am Dienstag den Vorschlägen der von ihr eingesetzten Kommission zu, nach welchen 30 000 Mk. bewilligt wurden, um aus Holland frisches Rindfleisch zu importieren; 10 000 Mk. würden zur Errichtung eines städtischen Fleischmarktes zur Verfügung gestellt. Der Verkauf des Fleisches soll den Metzgern übertragen werden. Falls sich hieraus Schwierigkeiten ergeben, wird für anderweitige Regelung des Verkaufs Sorge getragen werden.

Auf dem B e r l i n e r Viehmarkt sind die Preise für Schweine und Rinder weiter gestiegen, letztere um 2 Mk. pro Zentner Lebendgewicht.

Eine Riesenlohnbewegung im Holzgewerbe.

So betitelt sich eine Marmnachricht, die in den letzten Tagen die Kunde durch verschiedene bürgerliche Zeitungen machte. Irgend jemand, der anscheinend mit besonderer Berechnung auf diesem Gebiete zu arbeiten versteht, hat entweder aus eigenem Interesse oder mit einem bestimmten Auftrage seine vorwiegige Meldung gebracht — um allerlei Ungereimtheiten und Unrichtigkeiten über die Verhältnisse des Holzgewerbes in die Welt hinauszujagen.

Anläßlich einer in der Berliner Jahrestelle des Holzarbeiterverbandes beschlossenen Beitragserhöhung ist darauf hingewiesen worden, daß im nächsten Jahre der Vertrag abläufe und bei dieser Gelegenheit wieder ernstliche Konflikte entstehen könnten. Diese im „Vorwärts“ wiedergegebene Bemerkung bildet nun den Anlaß, die Öffentlichkeit und besonders die beteiligten Unternehmer auf die schwarzen Pläne der Holzarbeiter und die von dieser Seite drohenden Gefahren aufmerksam zu machen. Man höre, wie der bürgerliche Zeilenjäger zu schwindeln versteht:

„Wie wir hören, sind die Forderungen der Holzarbeiter zu exorbitant — stellenweise Erhöhung der Löhne bis 33 Prozent —, daß die Arbeitgeber ihrem Ruin entgegenzusehen würden, falls sie diese Forderungen bewilligen würden. Es würden bei dem Riesenkampfe 300 000 Holzarbeiter in Betracht kommen, die sich hauptsächlich auf Groß-Berlin, Königsberg, Dresden, Chemnitz, Hannover, Magdeburg, Königsberg, Danzig, Breslau, Dortmund, Gießen, Braunschweig, Bremen usw. verteilen würden. Die Holzarbeiterorganisationen in den maßgebenden Städten haben bereits beschlossenen, die Beiträge zu erhöhen, um den Kriegsfonds zu stärken. Die in Berlin, die 52 Mk. Jahresbeitrag zahlten, werden von nun ab 65 Mk. entrichten. In den anderen Städten steigt ebenfalls eine Beitragserhöhung bevor. Der Holzarbeiterverband, der den Kampf führen will,

zählt rund 180 000 Mitglieder. Das sind 87 bis 40 Prozent der in dem Gewerbe beschäftigten Arbeiter. Die Streikliste ist mit 5 000 000 Mk. ausgestattet, davon sind aber nur 3 000 000 Mk. disponibel. Durch Erhöhung der Beiträge und Vermeidung der Einzelkämpfe bis zum Frühjahr hofft man nun, einen Streikfonds von 7 000 000 Mk. zusammenbringen zu können. Aber auch bei dieser Summe müßten die Holzarbeiter, falls die Arbeitgeberorganisationen fest zusammenhalten, wie es allem Anschein nach der Fall sein wird, unterliegen. Denn die 7 000 000 Mk., die auch nur zur größeren Hälfte disponibel sein werden, reichen doch kaum aus, die Streikenden 1 1/2 Wochen über Wasser zu halten. Die Arbeitgeber treffen alle Vorbereitungen, um im Kampfe gewappnet zu sein. Es ist unbefreitbar, daß die Arbeitgeberorganisationen in der letzten Zeit stark an Mitgliedern zugenommen haben, und auch ihre Kampffonds sind beträchtlich erhöht.“

Wenn die Unternehmer noch mehr solcher „Literaten“ haben, dann können wir in der nächsten Zeit nette Dinge erleben. Es ist nämlich nichts daran wahr, daß die Holzarbeiter sich überhaupt schon mit Forderungen beschäftigt haben. Es kommen in allen Vertragssorten zusammen höchstens 50 000 Holzarbeiter — nicht 300 000 — in Betracht. Die Städte Chemnitz, Königsberg, Breslau, Dortmund, Essen, Bremen gehören überhaupt nicht dazu. Ebenjotemig stimmen die Angaben über Mitgliederzahl und die Kassenverhältnisse des Holzarbeiterverbandes. Es mag dagegen zutreffen, daß die Unternehmer alle Vorbereitungen zum Kampfe treffen.

Der wahre Sachverhalt ist folgender: Wie in jedem Jahre laufen auch demnächst, und zwar jedesmal am 15. Februar, eine größere Anzahl von Verträgen im Holzgewerbe ab, die ein Vierteljahr vorher, also am 15. November, zu kündigen sind. Daß den Unternehmern dieser Zustand sehr wenig gefällt, weil dabei die Arbeiterorganisation stets die nötigen Reserven außerhalb der Geschäftsline zu stehen hat und sich darum auch nicht allzulehr vor einem etwaigen Kampfe zu fürchten braucht, ändert an den Tatsachen nichts. Auf der Grundlage vierjähriger Verträge bestehen die vier getrennten Vertragsguppen, so daß also regelmäßig jedes Jahr eine Gruppe zum Ablauf kommt und erneuert werden muß. Das ist in den letzten sechs Jahren auch stets ohne größere Kämpfe ermöglicht worden. Unter der Leitung und Assistenz der Zentralvorstände beider Organisationen wurden die Verhandlungen geführt, wobei in schwierigen Fällen zur Unterstützung der Verhandlungsführung, sowie zur Entscheidung etwa übrigbleibender Differenzpunkte eine aus drei Unternehmern und drei Arbeitervertretern gebildete Kommission — genannt die zentrale Schiedskommission für das deutsche Holzgewerbe — auf Wunsch der Zentralvorstände mitwirkte. Diese Kommission hat sich bisher mit viel Ausdauer und Geschick ihrer schwierigen Aufgabe enledigt und besonders auf Unternehmenseite hatte man sich über ihre Tätigkeit nicht zu beklagen. Was diese dem Gewerbe genügt hat, zeigte am besten der Verlauf der Bewegung des Jahres 1911. Dabei vermochte die Kommission für 25 Städte den Frieden zu erhalten, während die Hamburger Scharmacher entgegen den Grundzügen, nach welchen die Kommission arbeitete, einen 33-wöchigen Kampf provozierten, der ihnen unheilbare Wunden schlug. Somit hatten die Unternehmer allen Grund, auf ihrer damaligen Generalversammlung auszurufen:

„Das Holzgewerbe ist auf dem Gebiete der Vertragsfrage bahnbrechend gewesen, indem es vermochte, ohne fremde Schiedsrichter seine Vertragsverhandlungen zu einem guten Ende zu führen.“

Doch diese guten Lehren sind allem Anschein nach jetzt vergessen. Im Unternehmertage wühlt eine Kampfpartei, der die friedlichen Abchlüsse der letzten Jahre nicht nach ihrem Geizmaß sind. Lange schon haben jene Leute auf das für ihre Bestrebungen günstiger liegende „Kampfsjahr 1913“ hingewiesen, wo sie mal wieder die Zügel an sich reißen würden. Der Anfang davon ist bereits gemacht in Gestalt des zusammengeschlossenen Kampfverbandes aller am Baugewerbe beteiligten Berufe. Nun gilt es also bloß noch, die nötige Stimmung in die beteiligten Kreise zu bringen, dann muß ja der Weizen der Scharmacher blühen.

Die Holzarbeiter und deren Organisation werden sich durch solche Manöver nicht aus der Ruhe bringen lassen, sie werden sich auch weiter vor Schaden zu bewahren wissen, der etwa durch solchen Schwindel angerichtet werden könnte. Es mag nur das Unternehmertum dafür sorgen, daß es nicht Geister ruft, die es später selber nicht mehr los werden kann.

Aus der Partei.

Die Parteischule eröffnete am Dienstag, dem 1. Oktober, ihren 6. Kursus. Es nahmen an dem Kursus teil 91 Schüler, darunter zwei Genoffinnen. Die Gewerkschaften beteiligten sich an der Parteischule mit sechs Verbandsangestellten und zwar entfallen zwei auf den Bauarbeiter-Verband, je einer auf den Transportarbeiter-, Bergarbeiter-, Holzarbeiter- und Textilarbeiter-Verband. Acht von den übrigen Schülern sind jetzt schon in Parteistellungen: fünf als Parteisekretäre, zwei als Redakteure, einer als Berichtstatter. Die übrigen Teilnehmer kommen direkt aus der Werkstatt, es sind da vertreten: Metallarbeiter, Tischler, Maler, Schriftsetzer, eine Schneiderin und eine Buchhalterin. Der Leiter der Parteischule, Genosse Schulz, eröffnete im Beisein des Lehrerkollegiums den Unterrichtskursus mit einer Ansprache, in der er auf die hohe Bedeutung der Parteischule hinwies. Die Partei ist ungeheuer in die Breite gewachsen, schon lange zählen ihre Anhänger nach Millionen und nun gilt es, unter diesen großen Massen Bildung und Wissen zu verbreiten, die theoretische Erkenntnis zu vertiefen und gemeinsam zu schulen, die ihrerseits wieder als Wegebereiter dienen und weitergeben, was sie in der Parteischule an Wissen erhalten haben. In seiner Ansprache, in der Gen. Schulz die Ziele und Aufgaben der Parteischule näher darlegte, bedauerte er insbesondere auch den Rücktritt des Gen. Mehring, dessen Gesundheitszustand und Alter ihm die Ausübung des Lehrerberufs nicht mehr gestatten. An Stelle des Gen. Mehring ist Gen. Conrady als Geschichtslehrer eingetreten. Im Namen des Parteivorstandes begrüßte Gen. Scheidemann die Schüler mit herzlichsten Worten und wünschte ihnen viel Erfolg bei der bevorstehenden Arbeit. Auch Scheidemann bedauerte den Rücktritt Mehring's, dem er den Dank des Parteivorstandes für seine aufopferungsvolle Tätigkeit an der Parteischule aussprach. Damit hatte die kleine Eröffnungsschülerfeier ihren Schluß erreicht und es wurde mit der ersten Unterrichtsstunde begonnen.

Aus den Parteioorganisationen. Die außerordentliche Kreisversammlung des Wahlkreises P e n n e p - R e m s c h e i d - M e t t m a n n wählte am Sonntag den Genossen Rudolf B i h l e r - N i e d e r - B a r n i m — nahezu einstimmig zum Parteisekretär. — Eine Wahlkreisversammlung für M e i n i n g e n I, die am Sonntag in Hildburghausen stattfand, beschloß, wichtige agitatorische Maßnahmen zu ergreifen und nahm ein neues Kreisstatut an. Seit den letzten Wahlen wurden in diesem Kreise 10 neue Organisationen gegründet. — Die Generalversammlungen des 15., 19. und 20. sächsischen Reichstagswahlkreises erklärten sich mit den Beschlüssen des Parteitag's einverstanden. Im 20. Kreise wurde beschlossen, für die Kreisgeneralversammlungen das Delegiertensystem einzuführen; im 19. Kreise dagegen wurde ein dergleicher Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt.

Verfahren. Das Amtsgericht Thiersheim in Oberfranken verurteilte den Genossen Fritz Buchta von der „Fränkischen Volkstribüne“ (Bayreuth) zu 25 Mk. Geldstrafe. Der Angeklagte sollte einen katholischen Pfarrer durch die Veröffentlichung eines Briefes beleidigt haben.

Gewerkschaftsbewegung.

Wieder ein Vorstoß gegen die Gewerkschaften. In ihren Bemühungen, die Gewerkschaften zu politischen Vereinen zu stampeln, lassen Preußen-Deutschlands Behörden nicht nach. Jetzt erhielt der erste Bevollmächtigte der Magdeburger Verwaltungsstelle des deutschen Metallarbeiterverbandes, Reichstagsabg. Genosse Brandes, vom Magdeburger Polizeipräsidenten die Aufforderung, innerhalb zweier Wochen die Aussagen der Verwaltungsstelle, sowie ein Verzeichnis der Vorstandsmitglieder beim Polizeipräsidenten einzureichen. In der Aufforderung wird kurz und bündig behauptet: „Die von Ihnen geleitete Verwaltungsstelle... ist nach dem Statut und ihrer Tätigkeit ein selbständiger Verein und fällt unter die Bestimmungen des § 8 des Reichsvereinsgesetzes vom 19. April 1908, da sie nach ihrer Tätigkeit auch eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezweckt.“ Der Polizeipräsident droht eine Geldstrafe von 30 Mk. an,

„ich denke, sie werden jetzt so viel Not mit sich selbst haben, daß wir sie nicht noch zwischen uns herumziehen sollten.“

„Ganz froh, ganz froh!“ Klang die Antwort zurück, „aber hierher, Gentlemen, im Sitzen läßt sich das Thema viel besser erörtern!“

„Lassen Sie uns bei ihnen Platz nehmen,“ raunte der erfahrene junge Deutsche zu, „als die Angekommenen sich um einen der Tische gruppierten, „ich werde dadurch zugleich Gelegenheit haben, Sie mit einem bestimmten Typus aus der New Yorker Gesellschaft bekannt zu machen.“

„Warum Sie damit, bis ich in meiner neuen Stellung bin,“ gab Reichardt halb laut zurück, „ich habe jetzt nicht einmal das Recht, über meine Zeit zu disponieren, bin augenblicklich noch Porter und mag auch als solcher nicht mit meinem fahionablen Prinzipal zu derselben Gesellschaft gehen.“

Ein Zug von Humor glitt über das Gesicht des andern. „Reil, gehen Sie und machen Sie sich baldigst los,“ sagte er; „das ganze Verhältnis könnte wahrlich Stoff zu dem besten Epöge geben!“ Er begleitete seinen Gesellschafter, die Hand vertraulich auf dessen Schulter gelegt, bis nach der Tür, und Reichardt beeilte sich, den Heimweg zu nehmen.

Reichardt fühlte nur allzugenut, daß es trotz aller Gewissenhaftigkeit jetzt die härteste Aufgabe für ihn sein würde, noch drei Tage in seiner bisherigen Stellung zu verbleiben; indessen hoffte er in möglichstster Kürze einen Ersatzmann durch Vermittlung des Kupferschmieds zu erhalten. Wenn er jetzt an das treue Gesicht des letzteren und die Miene dachte, welche sich bei der Ergründung des Geschehenen darauf legen würde, frag die ganze Empfindung des Glücks, welches ihm geworden, was neuem in seiner Seele auf. Gleichzeitig aber trat auch Margarets Bild in seine Gedanken, sie, welche den Hauptanstoß auf sein Schicksal gehabt haben mußte — hatte doch John Frost eines fast hundertjährigen Gesprächs, welches sie augenblicklich in seinem Interesse mit ihrem Vater gehabt, erwähnt. — Reichardt konnte nichts von den Beweggründen des Mädchens, aber er mochte jetzt auch nicht darüber grübeln und Gedanken in sich aufkommen lassen, die ihn später vielleicht nur zu einem gekrümmten Karren machen konnten, selbst wenn der ganze unendliche Unterschied zwischen ihren Verhältnissen und den seinen nicht bestanden hätte.

Es mußten während seiner Abwesenheit Besprechungen stattgefunden haben, denn der ganze untere Raum des Geschäftshauses wie der obere Seitenweg lagen voll Staub- und Holzgeräusche. Reichardt, eine in seines verpackten

„Ich denke, sie werden jetzt so viel Not mit sich selbst haben, daß wir sie nicht noch zwischen uns herumziehen sollten.“

„Ganz froh, ganz froh!“ Klang die Antwort zurück, „aber hierher, Gentlemen, im Sitzen läßt sich das Thema viel besser erörtern!“

„Lassen Sie uns bei ihnen Platz nehmen,“ raunte der erfahrene junge Deutsche zu, „als die Angekommenen sich um einen der Tische gruppierten, „ich werde dadurch zugleich Gelegenheit haben, Sie mit einem bestimmten Typus aus der New Yorker Gesellschaft bekannt zu machen.“

„Warum Sie damit, bis ich in meiner neuen Stellung bin,“ gab Reichardt halb laut zurück, „ich habe jetzt nicht einmal das Recht, über meine Zeit zu disponieren, bin augenblicklich noch Porter und mag auch als solcher nicht mit meinem fahionablen Prinzipal zu derselben Gesellschaft gehen.“

Ein Zug von Humor glitt über das Gesicht des andern. „Reil, gehen Sie und machen Sie sich baldigst los,“ sagte er; „das ganze Verhältnis könnte wahrlich Stoff zu dem besten Epöge geben!“ Er begleitete seinen Gesellschafter, die Hand vertraulich auf dessen Schulter gelegt, bis nach der Tür, und Reichardt beeilte sich, den Heimweg zu nehmen.

Reichardt fühlte nur allzugenut, daß es trotz aller Gewissenhaftigkeit jetzt die härteste Aufgabe für ihn sein würde, noch drei Tage in seiner bisherigen Stellung zu verbleiben; indessen hoffte er in möglichstster Kürze einen Ersatzmann durch Vermittlung des Kupferschmieds zu erhalten. Wenn er jetzt an das treue Gesicht des letzteren und die Miene dachte, welche sich bei der Ergründung des Geschehenen darauf legen würde, frag die ganze Empfindung des Glücks, welches ihm geworden, was neuem in seiner Seele auf. Gleichzeitig aber trat auch Margarets Bild in seine Gedanken, sie, welche den Hauptanstoß auf sein Schicksal gehabt haben mußte — hatte doch John Frost eines fast hundertjährigen Gesprächs, welches sie augenblicklich in seinem Interesse mit ihrem Vater gehabt, erwähnt. — Reichardt konnte nichts von den Beweggründen des Mädchens, aber er mochte jetzt auch nicht darüber grübeln und Gedanken in sich aufkommen lassen, die ihn später vielleicht nur zu einem gekrümmten Karren machen konnten, selbst wenn der ganze unendliche Unterschied zwischen ihren Verhältnissen und den seinen nicht bestanden hätte.

Es mußten während seiner Abwesenheit Besprechungen stattgefunden haben, denn der ganze untere Raum des Geschäftshauses wie der obere Seitenweg lagen voll Staub- und Holzgeräusche. Reichardt, eine in seines verpackten

Mittagsmahles zu erinnern, kleidete sich schnell um und griff dann nach dem Besen. Erst wollte er die nächsten Arbeiter beseitigen, ehe er die nötigen Schritte für seine Entlassung tat. Er war eben in voller Beschäftigung, um den Seiteneingang zu säubern, als William Johnson raschen Schrittes ankam, mit finstern Blicken stehen blieb, als wolle er zu dem Deutschen reden, dann aber wie sich befindend ins Haus ging. Es wahrte nur kurze Zeit, so trat der Kupferschmied aus der Tür. „Was haben Sie denn um Gottes willen ausgefallen?“ sagte er, an den Arbeitenden herantretend, „der Älteste von den Johnsons hat mich nach Ihnen geschickt, als habe er den Laufpaß für Sie schon in der Tasche, und wandelt in der Office herum, wie ein Bulldog an der Kette!“

„Müssen eben zusehen, was er will,“ meinte Reichardt, lächelnd in das ängstliche Gesicht des andern sehend und seinen Besen beiseite stellend, „ich denke, wir trinken heute abend noch ein paar Flaschen Wein miteinander!“

„Na, wenn das Wein gibt —!“ erwiderte der erstere kopfschüttelnd und folgte mit leisen Tritten dem rasch die Treppe hinaufsteigenden Freunde.

William Johnson stand leicht an eines der Pulle gelehnt, als Reichardt in die Office trat und sein Blick sofort zwei Sekunden lang in das unbefangene Auge des Deutschen einbohren zu wollen. „Wollen Sie mir gefälligst sagen, wer Sie sind, Sir?“ fragte er dann.

Porter bei den Herren Johnson und Sohn, wie Sie vielleicht wissen, Sir!“ erwiderte Reichardt mit einem leichtem Lächeln.

Der Amerikaner preßte einen Augenblick die Lippen zusammen. „Und wie kommen Sie dann heute morgen in ein Zimmer des Astorhauses, das nicht für jedermann da ist?“

„Ich hatte Urlaub von Mr. Blad erhalten — das übrige aber ist wohl meine eigene Angelegenheit.“

„Very well, Sir!“ entgegnete Johnson mit einem häßlichen Lächeln, „Sie werden aber einsehen, daß ich nicht fernher in Gefahr kommen mag, mit meinen eigenen Porters an denselben Tisch zu geraten — lohnen Sie den Mann ab, Mr. Blad.“

„Ich begreife nicht, Sir,“ erwiderte Reichardt ruhig, obgleich sein Auge einen erhöhten Glanz anzunehmen begann, „warum Sie mir in dieser absichtlich verächtlichen Weise begegnen. Die augenblickliche Beschäftigung macht hoffentlich den Gentlemen nicht, und ich verlange die gleiche Behandlung, welche ich Ihnen angedeihen lasse.“

„Ich behandle meine Leute, wie es mir selbst gutdünkt.“

falls der Aufforderung nicht entsprochen wird. — Der Nachweis, daß die Verwaltungsstelle ein selbständiger Verein ist, der politische Zwecke verfolgt, wird dem Polizeipräsidenten wohl nicht leicht werden. Aber, was schadet's! Es wird versucht und — auf die Berichte kann man sich ja auch noch verlassen. Das hat man in Kiel gesehen, wo die Strafkammer sogar die „Freie Turnerschaft an der Kieler Förde“ für einen politischen Verein erklärt hat.

Ein neuer Prozeß gegen den Zechenverband. Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes hatte vor Jahren einen Prozeß für eine Anzahl seiner Mitglieder gegen den Zechenverband durchgeführt, die durch das vom Zechenverband eingeführte, inzwischen aber wieder fallengelassene Schwarzlisten-system auf längere Zeit ausgesperrt und somit finanziell schwer geschädigt worden waren. Dieser Prozeß endete mit dem Erfolge, daß der Vorstand des Zechenverbandes von beiden Gerichtsinstanzen verurteilt wurde, den Aussperrten den ihnen durch die Aussperrung über die sechste Woche hinaus erwachsenen Schaden zu ersetzen. Nach dem Streit im März d. J. sind wieder eine größere Anzahl Verbandsmitglieder auf Veranlassung des Zechenverbandes auf kürzere oder längere Zeit von der Arbeit auf den zum Zechenverbande gehörigen Werken ausgesperrt worden. Auf Veranlassung des Verbandsvorstandes haben diese Aussperrten eine Kollektivklage gegen den Zechenverband eingeleitet, um dessen Verurteilung zum Ersatz des ihnen durch die Aussperrung erwachsenen Schadens zu erreichen. Mit der Führung dieses Prozesses ist Rechtsanwalt Dr. jur. Herzfeld in Essen betraut, der auch den ersten Prozeß gegen den Zechenverband geführt hat. Auf die Aufforderung des Verbandsvorstandes haben sich 255 Mitglieder gemeldet, deren Klageanspruch als berechtigt von der Verbandsleitung erachtet wurde und für die der Prozeß eingeleitet worden ist. Diese sind insgesamt 10 302 Tage oder durchschnittlich 40,4 Tage infolge der Aussperrung arbeitslos gewesen. Die durchschnittliche Aussperrungsdauer ist natürlich länger gewesen, da die meisten bis zum 1. Juli d. J. ausgesperrt gewesen sind. Es sind bei der Aufstellung die Tage in Abzug gebracht worden, während welcher die Aussperrten andere als Berufsarbeiten verrichtet haben. Für diese Tage verlangen die Kläger Erstattung des Differenzschadens zwischen ihren früheren Bergarbeiterlöhnen und den bei den anderen Arbeitern verdienten Löhnen. Das Gesamtschadensobjekt beträgt 57 544 Mk. oder per Kläger durchschnittlich 225 Mk. Auch für diejenigen, die weniger als sechs Wochen ausgesperrt waren, ist die Klage eingeleitet worden, weil aus prinzipiellen Gründen eine Entscheidung des Reichsgerichts herbeigeführt werden soll. Beim vorigen Prozeß war das nicht möglich, da die zur Einlegung der Revision gegen das Urteil des Oberlandesgerichts erforderliche Höhe des Streitobjektes nicht vorhanden war. Auf den Ausgang dieses Prozesses kann man gespannt sein.

Ein Arbeiterabgeordneter gegen das Streikrecht. Der englische Arbeiterabgeordnete Philip Snowden, der auch als Mitarbeiter des christlich-sozialen „Commonwealth“ bekannt ist, veröffentlicht haben ein aufsehenerregendes Buch, in dem er das längere die Zwecklosigkeit und Schädlichkeit des Streiks nachzuweisen sucht. Er berechnet, daß von 1900 bis 1910 insgesamt 3 Millionen Arbeiter an 6150 Arbeitskämpfen beteiligt waren, dadurch 82 Millionen Arbeitstage und 248 Millionen Mark an Löhnen verloren, neben den 60 Millionen Mark, die sie für Streikunterstützung opferten. Trotzdem seien die Löhne in derselben Zeit um 60 Millionen Mark gestiegen. Im Jahre 1911 seien 931 000 Arbeiter an 864 Kämpfen mit 10 1/2 Millionen verlorenen Arbeitstagen und 40 Millionen Mark Lohnverlust beteiligt gewesen, wobei sie eine Gesamtloohnerhöhung von 518 000 Mark pro Woche erzielt hätten, jedoch es 21 Monate bedürfe, um die Kosten der Kämpfe wieder auszugleichen. Daher müsse das Streikrecht im Interesse des Allgemeinwohls eingeschränkt werden zugunsten obligatorischer Lohnämter nach dem Muster der in Australien bestehenden. Dabei vergißt Snowden aber, daß gerade die australischen Gewerkschaften immer lechzter gegen diese Art des sozialen Friedens, der dem Arbeiter Hände und Füße bindet, zu rebellieren beginnen. Das von der bürgerlichen Presse mit großer Genugtuung aufgenommene Buch ist ein neuer Beweis für die Eigenart und das Anpassen der englischen Arbeiterpartei, die Macdonald kürzlich in Stuttgart als nachahmenswertes Beispiel den deutschen Arbeitern vorführte. So weit geht allerdings bei uns die Toleranz nicht, daß ausgesprochene Gegner unserer gewerkschaftlichen Taktik als unsere Vertreter im Parlamente sitzen.

Aus Nah und Fern.

Durchstechereien bei der Reichspost. Im Jahre 1908 trug im Reichstage bei der Beratung des Postetats unser verstorbenen Genosse Singer mehrere Fälle von Verletzung des Briefgeheimnisses durch Postbeamte vor. Trotzdem in einem so umfangreichen Betriebe immer einige rüudige Schafe vorhanden sein können, trat der Staatssekretär Kraetke den Ausführungen unseres Genossen recht entgegen und bestritt, daß derartige Fälle sich überhaupt jemals ereignen könnten. Bald darauf, am 18. Februar 1909, stand der „Vorwärts“ vor Gericht, weil er an Hand einer Beschlagnahme von Briefen einige kritische Bemerkungen über Verletzung des Briefgeheimnisses gebracht hatte. Den Strafanktrag für sämtliche Postbeamte hatte Herr Kraetke gestellt und erzielte auch eine Verurteilung des Verantwortlichen, Genossen Davidsohn, zu 300 Mark. Mit diesem Urteil kam der verstorbenen Staatsanwalt Steinbrücker nicht auf seine Kosten. Er hatte sich in seinem Eifer für die gute Sache hinreichend lassen und nur vier Monate Gefängnis beantragt. In seiner bekannten objektiven Beurteilung fand er an der Post keinen Tadel. Der „Vorwärts“ habe durch unwahre und hämische Notizen das Ansehen der Postverwaltung und der Beamten schwer herabgesetzt. Daß doch rüudige Schafe unter den Beamten sind, die persönlicher Vorteile willen das der Post anvertraute Brief- und Telegraphengeheimnis verletzen, dafür liefert die „Frankfurter Zeitung“ gleich mehrere Beispiele. Sie schreibt: Beim Postamt in Unna ist zwei Beamten plötzlich die Ausübung von Dienstgeschäften durch ihre vorgelegte Behörde untersagt worden. Die Beamten haben, wie mitgeteilt wird, das Telegraphengeheimnis verletzt und Nachrichten, die den Kennpost betreffen, für sich verwendet, um sich einen Vermögensvorteil zu verschaffen. In Dortmund und Gelsenkirchen sind zwei ähnliche Fälle vorgekommen. Einer dieser Fälle hat seinen Abschluß damit gefunden, daß der betreffende Beamte freiwillig aus dem Leben geschieden ist.

Familien-Tragödie. Der frühere Gutsinspektor Lembke in Streitz wollte sich wegen Nahrungssorgen mit seiner Familie töten. Er öffnete seinem Kinde die Pulsdornen und zertrümmerte seiner Frau mit einem schweren Hammer den Schädel. Sodann wollte er sich erhängen, verlor aber den Mut dazu.

Verfehlt. Der Amtsrichter Knittel in Kybnitz, bekannt durch seine Differenzen mit dem dortigen Bezirkskommandeur, ist als Landrichter an das Landgericht Reisse verfehlt worden.

Der Sturm. Ein vom Winde umgewehter Kamin zerbrach das Glasdach einer Kleinfinder-Bewohnung in Duisburg. Ein Kind wurde getötet, vier wurden schwer verletzt.

Duisburg. Ein Kind wurde getötet, vier wurden schwer verletzt.

Durch die Explosion eines Dampfessels bei der Probefahrt des Torpedobootsgeförers „Waite“, in der Nähe von Brenton Reef wurden ein Offizier und zwei Mann getötet, sowie sechs Mann verletzt.

Furchtbare Anklage gegen die heutige Gesellschaftsordnung. Die unverehelichte Marianne Wojciechowski und deren Mutter, seltsame Pauline Weiß aus Abbau Sommin, Kreis Bütow, waren beschuldigt, den Tod des zwei Monate alten Kindes der Marianne W. durch Verhungern herbeigeführt zu haben. Beide hatten sich deshalb vor der Strafkammer in Stolp i. P. zu verantworten. Das 17-jährige Mädchen war in einem Dorfe in Dienst gewesen und hatte dort ein Liebesverhältnis gehabt, das nicht ohne Folgen geblieben war. Die Niederkunft wollte das Mädchen bei seinen Eltern abwarten, die in Sommin im Armenhaus „In der Enigkeit“ hausten. Eine Wohnung kann der betr. Raum nicht genannt werden, denn wie an Gerichtsstelle festgestellt wurde, ist er etwa drei Meter breit und vier Meter lang. Und hier hatten sich neun Personen auf, wovon die eine, nämlich der Mann, noch an der Schwindsucht erkrankt ist. Eine Hinterstube, die auch als menschlicher Wohnort dient, und zu der man nur durch den erstgenannten Raum gelangen kann, ist nicht größer und beherbergt sieben Personen einschließlich einer Kranken. — Die Mutter konnte dem Säugling die Brust nicht geben, da sie nicht genügend Nahrung hatte. Weder die junge Mutter noch ihre Eltern hatten die Mittel, Milch zu kaufen. So blieb denn weiter nichts übrig, als das Kind mit süßem Tee zu ernähren. Das war natürlich keine Nahrung, um damit ein Leben zu erhalten und so dauerte es auch nur zwei Monate, bis das Kind starb. Wochenlang hatte sich das Mädchen fortgesetzt bemüht, die Mittel zum Unterhalt ihres Kindes zu erlangen. Sie wandte sich zuerst an den Vater, dann an das Gericht, weiter an den Gemeindevorsteher und Amtsvorsteher, aber überall vergeblich. Endlich, nach langem Warten, wurde 2 Wochen vor dem Tode des Kindes ein Vormund bestellt, der sich aber um das arme Wesen überhaupt nicht kümmerte. Zwei Kreisärzte hatten auf Antrag der Staatsanwaltschaft die Obduktion der Leiche vorgenommen. Vor Gericht bekundeten sie, daß das Kind nur aus Haut und Knochen bestand. Keine Spur von Fleisch und Nahrungsaufnahme war vorhanden. Die Ärzte meinten: eine Leiche, die einen so grauenhaften Anblick gewährte, hätten sie noch nicht gesehen. Trotzdem die Sachverständigen solch Glendbild entrollt, und trotzdem der Staatsanwalt das Verhalten aller, die von dem unglücklichen Glend der Familie wußten, derb gegeißelt hatte, beantragte er doch gegen das Mädchen eine Gefängnisstrafe von fünf Monaten, und gegen die Mutter eine solche von neun Monaten. Das Gericht erkannte gegen Marianne W. auf fünf und gegen Frau W. auf drei Monate Gefängnis. — So geschehen in einem Kulturstaat im zwanzigsten Jahrhundert!

Streikende Gemeinderäte. In Dohheim bei Wiesbaden streikten die Gemeindevorsteher. Der Bürgermeister war einiger Verstöße halber vom Dienst suspendiert worden. Als Stellvertreter führte der Beigeordnete die Geschäfte. Als der Landrat auch den Beigeordneten bei Seite schob und einen Regierungsreferendar als Kommissar einsetzte, traten sämtliche Gemeinderäte und Gemeindevorsteher in den Streik ein. Sie erklärten, mit dem Regierungsreferendar nicht zusammenarbeiten zu wollen.

In die Falle gegangen. Ein Begräbnis würdig seines Lebens hatte der berühmte russische Brigant Kossowski, der vor einigen Tagen bei einem Überfall im Kampfe mit Polizisten erschossen worden war. Seine Komplizen hatten seinen Leichnam in Sicherheit gebracht und gedachten, ihm, nachdem sich die Aufregung über den Vorfall gelegt hatte, ein feierliches Begräbnis zu bereiten. Auf einem Friedhofe in der Nähe der Stadt Odessa waren die berühmtesten Verbrecher der Stadt und der Umgegend zusammengekommen, um ihrem getöteten Kumpan die letzte Ehre zu erweisen. Die Polizei, die davon Kenntnis bekommen hatte, ließ die Trauergäste ruhig passieren, die in der Mehrzahl von ihr lange gesuchte Zierden des Odessaer Verbrecheralbums waren. Sie umstellte den Friedhof und verhaftete 162 Männer und Frauen, als sie den Friedhof verlassen wollten.

Selbstmord des neuernannten deutschen Gesandten in Abessinien v. Reden. Gestern vormittag feuerte der deutsche Konsul v. Reden in Lemberg, der erst vorgestern zum deutschen Gesandten in Abessinien ernannt worden war, auf seine Geliebte, ein Fräulein Charlotte K., in seiner Privatwohnung einen Revolverschuß ab, durch den die Dame schwer verletzt wurde. Durch einen zweiten Schuß tötete er sich selbst. Seine Geliebte war erst vor einigen Wochen nach Lemberg gekommen und lebte seitdem mit Herrn von Reden zusammen. Man fand den Konsul halb angekleidet im Bett liegen, während Fräulein Charlotte K. neben dem Bett im Mögliche zusammengekauert war und noch schwache Lebenszeichen von sich gab. Sie wurde ins allgemeine Krankenhaus gebracht. Baron Reden hinterließ einen Brief an seinen Vater, worin er von seinen Familienangehörigen herzlichen Abschied nimmt und Lebensüberdruß als Motiv seiner Tat angibt. Herr v. Reden war 47, seine Freundin 35 Jahre alt. Er hatte angeblich gerade gestern die amtliche Mitteilung von seiner Abberufung und Erneuerung zum Gesandten erhalten.

Sturmwever in Portugal. Heftige Stürme wüthen in ganz Portugal und verursachen großen Schaden. Vor allem die Landwirtschaft ist schwer heimgesucht worden. An der Küste sind ein portugiesisches, ein spanisches und ein anderes ausländisches Segelschiff gestrandet. Acht Fischerboote sind gesunken. Die Gefahr in die Häfen und die Ausfahrt ist infolge des hohen Seeganges nur unter großen Schwierigkeiten möglich. Zahlreiche Eisenbahnzüge sind infolge von Dammbrüchen eingeleitet. Der Casado- und der Limafluß sind über die Ufer getreten und haben weite Landstriche überschwemmt. Die Stadt Ponte de Lima steht unter Wasser. Die Einwohner flüchteten auf die Dächer der Häuser.

Genossenschaftsbewegung.

Das Unterrichtswesen der deutschen Konsumvereine. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine hat im Jahre 1910 den Bericht gelehrt, das Unterrichtswesen für die

deutschen Konsumgenossenschaften zu organisieren. Es ist ein besonderer Bildungsfonds geschaffen, den die Konsumvereine durch freiwillige Gaben dotieren. Zur Regelung aller Bildungsangelegenheiten wurde eine eigene Bildungskommission eingesetzt. Die Arbeiten des Fortbildungswesens bewegen sich in zwei Richtungen. Einmal will man planmäßig die Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder zu Sonntagskonferenzen für kleinere Bezirke zusammenberufen, bei denen 100 bis 200 Leute erscheinen und einen Vortrag über eine wichtige genossenschaftliche Frage anhören. Diese Vorträge sowie der Meinungsaustausch, der sich anschließt, wirken sehr zur Vertiefung des Verständnisses der genossenschaftlichen Probleme. Man hat aber sofort eingeschrieben, daß es nicht genügt, nur solche einmalige Vorträge zu arrangieren, sondern daß daneben auch Unterrichtskurse von längerer Dauer notwendig sind. Es wurde deshalb im Anfang dieses Jahres mit zwei Unterrichtskursen in Thüringen begonnen. Daran schloß sich dann ein Unterrichtskurs in Liegnitz für Schlesien. Nachdem diese drei Kurse vorüber waren, hatte man ein gutes Bild von den Bedürfnissen und schuf dann die endgültige Einrichtung. Die Kurse dauern nunmehr acht Wochen. Zu diesen großen Kursen werden lediglich Vorstandsmitglieder zugelassen. An den Sonntagen sprechen dann die Lehrer über einige der wichtigsten Unterrichtsthemen noch vor den aus dem Kursgebiete zusammenberufenen Aufsichtsratsmitgliedern. Die Vorstandsmitglieder werden in Buchführung, Verkehrswesen, Rechtsfragen und den Beziehungen zu den Gewerkschaften unterrichtet. Ein Genossenschaftler und ein Chemiker teilen sich in den Unterricht über Warenkunde und Warenverfälschungen. Ferner erhalten die Kursisten einen Überblick über die zweckmäßigsten Agitations- und Propagandaformen. Daneben wird die theoretische Unterweisung nicht vernachlässigt. Es sind Vorträge über Nationalökonomie, Geschichte und Stand der Konsumgenossenschaftsbewegung vorgelesen. Der vor kurzem zu Ende gegangene Kursus in Nürnberg zeigte, daß diese Art der Kursusorganisation praktisch und zweckmäßig ist. Es wird übrigens der Anschauungsunterricht nicht vernachlässigt. Die Kursisten beschäftigen die Einrichtungen der in der Nähe des Kursorts gelegenen Konsumgenossenschaften. Ferner werden Agitationsveranstaltungen unter Teilnahme der Kursisten abgehalten, so daß diese auch hier am praktischen Beispiele sehen, wie es gemacht werden muß. Bei dem raschen Wachstum der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung sind diese Unterrichtskurse von ganz besonderer Bedeutung, da es nur auf diese Weise möglich sein wird, die Beamten für die wachsenden Anforderungen ihrer Stellen auszubilden. Es ist deshalb wünschenswert, daß auch die Mitglieder der Konsumvereine das nötige Verständnis für die Kurse bekommen und den Forderungen ihrer Verwaltungen bei Dotierung des Bildungsfonds keinen Widerstand entgegensetzen.

Der Kampf der Kriegervereine gegen die Konsumvereine läßt nicht nach. In Osttrau im Königreiche Sachsen, in dem der Konsumverein Döbeln eine Warenabgabestelle unterhält, sollte der Kriegerverein ebenfalls den bösen Konsumverein umbringen. Wie gleich bemerkt werden soll, endete das Unternehmen mit einem völligen Fehlschlag. Auch hier wurde, wie anderswo, den Mitgliedern des Militärvereins der Ausschluß aus dem Verein für den Fall angedroht, daß sie dem sozialdemokratischen Konsumverein nicht binnen kurz gefester Frist den Rücken kehren würden. Aber auch in Osttrau gibt es Sünden, die so verstoßend sind, in ihrer Mitgliedschaft im Konsumverein keine große Sünde zu sehen. Diese Leute sind der sonderbaren Meinung, daß es ihnen freistehen müßte, ihre Waren dort zu kaufen, wo es ihnen gefällt. Sie sind der Ansicht, daß es nicht zu den Aufgaben eines Militärvereins gehört, seine Nase in die wirtschaftlichen Angelegenheiten seiner Mitglieder zu stecken. Nachdem der Militärverein festgestellt hatte, daß keine Mitglieder in ihrer schweren Sünde beharren wollten, unterließ er es, seine Ausschlußdrohung wahrzunehmen. Diese Konsumvereinsbekämpfung durch den Osttrauer Kriegerverein zeitigte dann ein lustiges Nachspiel. Als der Konsumverein in zwei Versammlungen seine Meinung zu der ganzen Angelegenheit sagen wollte, als er nachforschen wollte, was es mit der aufgestellten Behauptung, der Konsumverein sei „sozialdemokratisch“, auf sich habe, lud er zu diesen Versammlungen durch Plakate ein, die im Orte hier und da angeklebt wurden. Ein Strafbefehl über 40 Mark war die Folge dieses Unns. Die Verhandlung vor dem Amtsgericht in Döbeln ergab nun, daß alle in Betracht kommenden Ortsvorsteher dem Plakatentkleber geraten hatten, seine Plakate überall hinzukleben, wo er es für richtig halte, nur solle er (das Plakat war rot) die öffentlichen Plakatafeln respektieren. Der eine Gemeindevorstand wußte nicht einmal, ob der Gemeinderat seines Ortes das Ortsgesetz über das Anschlagen von Druckschriften angenommen habe, während der Gemeindevorstand von Osttrau nach Döbeln fahren wollte, um den Amtshauptmann zu fragen, ob durch das Ankleben eines Plakats, das zu einer Konsumvereinsversammlung einladet, nicht etwa der Bestand Sachsens in Frage gestellt würde. In Sachsen kann man nie wissen, wie durch kleinste Urfragen der Staat ins Wanken gebracht werden kann. Die ganze Angelegenheit, die der Kriegerverein hier inszeniert hatte, löste sich in Wohlgefallen auf. Die Strafverfügung wurde aufgehoben, weil es nicht Sache der Amtshauptmannschaft sei, in diesem Falle Strafverfügungen zu erlassen; der Kriegerverein sah vom Ausschlusse der Mitglieder ab. Hoffentlich läßt er in Zukunft seiner Finger von Dingen, die ihn nichts angehen, und der Konsumverein gedeiht prächtig weiter. Mitgliederzunahme und Umsatzzifferung gehen in zufriedenstellender Weise vor sich, trotz Kriegerverein und anderer Freunde.

Literarisches.

„Geschichte der Arbeiterbewegung in Chemnitz und im Erzgebirge“ von Ernst Heilmann. Verlag Soz. Parteisekretariat B. Ruhn, Chemnitz. Druck Landgraf u. Co., Chemnitz. 810 Oktavseiten Text und 82 Blätter Bildbeilagen. Preis 5 Mark.

Eine ausführliche Darstellung der Parteigeschichte in einem wichtigen Landesteile Deutschlands haben die Chemnitzer Parteigenossen im Zusammenhang mit dem jüngsten Chemnitzer Parteitag erscheinen lassen. In diesem Erzgebirgs-Mineral hat bekanntlich die Wiege der parlamentarischen Macht unserer Partei gestanden. Hier holten sich Bebel, Liebknecht und Försterling 1867 die ersten sozialdemokratischen Reichstagsmandate. Und so wie in dieser Zeit, ist der Chemnitzer Bezirk auch später in mancher Beziehung bahnbrechend, in jeder Hinsicht interessant gewesen. Hier hatte die Hagsfeldische Richtung der Cassellener ihr Hauptquartier aufgeschlagen, hier entfaltete nach ihrer Überwindung Johann Wolf seine glänzenden Fähigkeiten in der besten Zeit seines Lebens, hier erschien schon seit 1871 eine tägliche Arbeiterzeitung, um deren Erhaltung besonders Julius Bahleisch hoch verdient ist, hier übernahm Bebel 1876 die erste Landtagskandidatur, die die deutsche Sozialdemokratie aufstellte, hier wurden Liebknecht, Vollmar und Geiger unter dem Ausnahmegesetz in den sächsischen Landtag gewählt. Die Ereignisse und Persönlichkeiten jener Anfangszeit der Partei werden in belebter Darstellung den Lesern vor Augen geführt. In den späteren Zeiten des Sozialistengesetzes wurde dann Chemnitz ein Hauptaufsichtsamt für alle Opfer des kleinen Belagerungs-

Zustandes, die Stätte zahlreicher Zusammenkünfte der sächsischen Genossen und schließlich der Druckort des „Sozialdemokrat“. Nach der Überwindung des Zustandes der Rechtslosigkeit folgte in Sachsen und besonders im Erzgebirgsdistrikt die Periode der zahllosen politischen Mordanschläge, bis endlich in der jüngsten Vergangenheit die Partei sich auch hier von den Polizeifesseln freigemacht und freie Bahn für ihre Agitation geschaffen hat. Die Darstellung der Chemnitzer Parteigeschichte reicht bis in die jüngste Zeit und umfasst auch die bekannten Streitigkeiten, die an den Dresdner und Bremer Parteitag, an die Namen von Paul Göhre und Max Schippel, antinipfen. So stellt das Werk eine wertvolle Ergänzung der allgemeinen deutschen Parteigeschichte dar. Insbesondere die lebendige Art der Darstellung macht die Lektüre des Buches für jeden denkenden Parteigenossen zu einem Vergnügen. Wir können allen Arbeiterbibliotheken und allen Genossen den Ankauf dieses Buches lebhaft empfehlen.

1,20 Mk., Schweinestopf Pfd. 60 Pfg., Brust, geräuchert, Rfd. 1,30-1,40 Mk., Eier Stk. 9. Pfg., Kartoffeln 10 Pfd. 40 bis 50 Pfg., Spargel 1. Sorte — Pfd. 2. Sorte — Pfd., 3. Sorte — Pfg., Blumenkohl der Kopf 20-50 Pfg., Kürbisse, hiesige, Pfd. — Pfg., eingelegte, Pfd. — Pfg., Lebende Süßwasserfische: Schleie, Portions-schleie Pfd. 1,70 Mk., größere Pfd. 1,60 Mk., Karpfen, größere Pfd. 1,10-1,20 Mk., kleinere 1,00 Mk., Aal, große Pfd. 1.-Mk., mittlere Pfd. 80 Pfg., kleine Pfd. 60-50 Pfg., Karautschen Pfd. 80 Pfg., Hechte, große Pfd. — Pfg., Mittel Pfd. 80 Pfg., Barsche Pfd. 60-70 Pfg., Brachsen, gr. Pfd. — Pfg., kleine Pfd. — Pfg., Mand Pfd. — Pfg., Krotzungen, große Pfd. 20-25 Pfg., kleine Pfd. 15 Pfg., Krebse Pfd. — Pfg., Pfg., Salzwasserfische: Dorsche, lebende Pfd. — Pfg., frische Pfd. 35-40 Pfg., Butter, größere Pfd. 40 Pfg., kleinere 20 Pfg., Steinbutt, lebende Pfd. Pfg.

Butter-Notierungen
 2. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein
 Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.
 Hamburg, 2. Oktober.
 1. Klasse 341 Drittel zu 135,16 Mk. im Durchschnitt.
 2. " 20 " " 127,05 Mk. "
Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 2. Oktober.
 Auftrieb 1566 Schweine. Markt ruhig geräumt.
 Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., — bis 84,— (— bis 67,— Mk.) Mittelschwere Ware, von 240-260 Pfd., Tara 20 Proz., 83,— bis 84,— (66,50 bis 67,— Mk.) Mittelware, von 200-240 Pfd., Tara 22 Proz., 82,— bis 83,— (64,— bis 64,50 Mk.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 81,— bis 82,50 (63,— bis 64,50 Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 72,— bis 79,— (54,50 bis 60,—) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 78,— bis 80,— (62,50 bis 64,—) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 72,— bis 77,— (56,— bis 60,—) Mk.
 Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
 Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Handels- und Marktnachrichten.
 Lübecker Marktpreise vom 2. Oktober.
 Bauern-Butter Pfd. 1,35-1,40 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,45-1,50 Mk., Käse — Mk., Enten 3,00-3,50 Mk., Hühner 1,60-2,20 Mk., Rufen Stück 1,00-1,60 Mk., Tauben Stück 60-75 Pfg., Gänse Pfd. 85 Pfg., Schinken Pfd.

Getreidepreise.
 Lübeck, 2. Oktober.
 Weizen, 120-127 Pfd. holl. 190-205 Mk. Roggen 112-120 Pfd., holl. 160-172 Mk., Gerste, nach Qualität 170-200 Mk. Hafer, nach Qualität, 160-180 Mk. alter — Mk., hochfein über Notiz, per 1000 Kilo.

Komitee- und Kommissionssitzungen
Touristenverein
 „Die Naturfreunde“
 Vorstandssitzung 3879
 Freitag 8 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Die glückliche Geburt einer gesunden Tochter zeigen an 3873) **H. Behrend und Frau.**
 Dem Verhönerungsrat **C. R.** zu seinem Geburtstag ein dreimal donnerndes Hoch, daß die ganze Mauer wackelt. 3874
 Eine ältere Frau bei Kindern für ganze Tage gelacht, vor d. Holsten-tor. Ang. u. B A an die Exped. d. Bl. 3878

Regelauffeher
 gesucht von 9-11 Uhr abends 3876
 Waisenhoffstraße 23.
Fr. Helms, Hebamme,
 3888) Al. Burgstr. 4.

Ein schw. Tuchjackett, ¼ lang, ein Blüschl. billig 3889
 Bleicherstraße 15.
Flammiger Gasherd, 1 Kinder-Kappstuhl 3887
 Geversdammstraße 5, II.
 Gefunden e. Ied. Wagenpolster. Abzuholen geg. Insertionskosten bei F. Jannsen, Moisling. Heide. (3869)

Empfehle meinen (3884)
Damen- u. Herren-Frisier-Salon.
 Gute saubere Bedienung.
 Anfertigung aller Haararbeiten.
W. Benthin, Marlistr. 44a.
Ein Reservebild gefunden.
 3872 Kottwitzstraße 38, part.

Gustav Jäde, Lübeck Holstenstraße 1 Fernsprech. 761
 Herren- u. Knabengarderoben — Spezialität: Berufskleidung, Kleiderstoffe, Leinen- und Baumwollwaren, Bettfedern und Daun, Teppiche, Gardinen, Möbelstoffe, Tischdecken, Läuferstoffe, Buxkin, Schlaf- u. Reisedecken, Normal-Unterzeuge, Damen- u. Herrenwäsche, Regen-, Sonnenschirme, Unterrocke, Schürzen, Korsetts, Strümpfe, Handschuhe, Schlipse etc.
Aussteuer-Artikel.

Praktischer Wegweiser
 Erscheint einmal wöchentlich • Geschäfte • Zur Beachtung empfohlen

Kenner bevorzugen das gute Lübecker Bürgerbräu
 Aktienbierbrauerei Lübeck

Alumin-Geschirr
 Billigste Bezugsquelle für Öfen, Herde, Gaskocher, Grudeöfen
Adolf Borgfeldt
 Fernruf 572 Mühlenstr. 38-40

Brot-Fabrik
 Lübecker Central-Brotfabrik
Rich. Spangenberg
 Lindenstr. 20-22. Fernruf 256
 „Juwelbrot“
 schmelzfestes Kraft- u. Nährbrot Backwaren jeglicher Art.

Kaufhaus Siegfried Ittmann
 Breite Str. 33. 1. Etage
 Einzel-Möbel sowie kompl. Wohn-Einrichtg. Herren-, Damen- u. Kinder-Konfektion Arbeiter-Garderb. Manufaktur-Waren Wäsche, Teppiche, Kinderwagen etc.
Auf Teilzahlung
 in kleinen wöchentlichen oder monatlichen Raten.

Möbelmagazin
Herm. Rist Hunde-Str. 13.
 billigste Bezugsquelle Eig. Tischler- u. Tapezierwerkst.

Eutin
Deutsches Haus
 Kl. Str. 7
 hält sich Vereine u. Touristen bestens empfohlen.
Paul Schröder.

Arbeiter-Artik. Manufakturw.
Otto Albers
 Markt 4 Kohlmarkt 19
 Viel benannte Bezugsquelle für Manufakturwaren und Garderoben aller Art

Pflanzen-Butter
 Deilikate-Eigelb-Pflanzenbutter Edel Margarine
 „Heinchen“
 das Pfund 80 Pfg.
Otto H. C. Voigt
 Johannisstraße 22

Garten-Sämereien
Friedrich Michael
 Breitestraße 49
Herrenartikel
Heinrich Waller Breite Str. 60.
 Spez.-Geschäft in Handschuhen u. Kravatten, Herren-Wäsche.
Ernst Wehde
 Beckergrube 33 Hütte, Mützen.

Musikinstrum.
Meyer & Eggert
 Königstraße 118.

Ludw. Grandt
 Tischlerei und Möbelmagazin
Schuhwarenhaus R. Bendt
 beste Bezugsquelle in Arbeiterschuh- u. auch bess. Schuhw.

Arbeiter- und Berufskleidg.
J. H. Pein
 am Markt Herren- und Knaben-Garderobe, Berufskleidung, Hüte und Hüten.

Cigarrenhdlg.
Elisabeth Sühr
 Untertrave 21. Cigarren, Cigaretten, Pfeifen.
H. Müller Holstenstraße 42

Lederwaren u. Reiseartikel
J. H. Busson
 Sattler, Sandstr. 8
 Portemonnaies Lederwaren Brieftaschen Ränzel Schultaschen Rucksäcke
 Reit- und Fahr-Artikel
Wilh. Kreutzfeldt
 Lederhandlung, Samt. Schuhmacherartikel Fischergrube 23
E. Teuteberg Untertrave 60. Schlen-sassenschaft. Schuhmacher

Öfen und Herde
F. STEEN
 Wahnstraße 58
 Irdenes Gebrauchsgeschirr

Mölla
Otto Greve
 Gastwirtschaft und Destillation.
Wilh. Lübcke
 Restaurant Lübecker Hof Klub- und Balllokal. Kegelhahn.
Rud. Hübener, Uhren u. Goldwar.
Ludw. Kuhn, Herr- u. Damen- Mützen, Pelzwar.
Chr. Voss & Sohn, Schuhwaren u. Repar.-Wkst.

Bäckereien
Nicolaus Groß Fein-Brotbäckerei Albst. 32.
P. Jahnsson Konditorei Holstenstr. 51

Eisenwaren u. Werkzeuge
G. Kagel & Co.
 Sa adstr. 18 Tel. 307

Kolonialwaren u. Kaffeeröst.
Fritz Kruse
 Inhaber: Paul W. Pötiger Schlüsselboden 32
Kaffee's
 ständiger Preislisten von Mark 1.40 an
Kinotheater
Metropoli-Theater
 Nur Breitenstr., keine Rathause Täglich um 7-11 Uhr, Jedes Sonntags u. Mittwoch neues Programm.
 Sonntag nach v. 2-4 Uhr-Vorstellung.

Photographien
Samson & Co.
 Breitestraße 39.
 Erstes Atelier mit billigen Preisen - Amateur Bedarfsartikel.

Schlutup
Otto Liebenow
 Uhren, Goldwaren, Musikwerke - Eigene Reparaturwerkstätte.
W. Richter
 Uhren u. Goldwaren nebst eigener Reparaturwerkstatt
 Gastholz-Post H. Vetter
 Hugo Kragmann
 Ad. Saborowski Verkehrslokal d. Gewerkschaft.

Brauereien
 Trinkt **Adler-Biere**

Fleisch- und Wurstwaren
Ch. Hamann
 Schlächtereil Markt 7 Kohlmarkt 4
 Telefon 8323
Herm. Miljes
 Schlüsselboden Nr. 39
Herm. Spangenberg
 Fabrikfeiner Fleisch- u. Wurstwaren - Schwartzen-Allee 59

Lichtspiele
Meines Lichtspiel-Theater
 Breitenstr. 13 neben Hansa-Café
 Größtes am besten ventilirtes u. der Neuzeit entsprechendes Lichtspiel-Einrichtung.
Theater
 Besucht das **Variété International**
 Untertrave 43

Tapeten
Fritz Rehm
 Beckergrube 20.

Schwartau
Herm. G. Schmidt
 Markt 13
 Uhren, Goldwaren u. Reparaturen.
Adler-Drogerie Inh. Hans Grapp
 Farben, Lacke, Kräftigungsmittel.
Alb. Gleich Schlächtereil ff. Fleisch- u. Wurstwar
A. Klünder Schuhwarenhaus Markt 17.
Rob. Pinkert Verkehrslokal der Arbeitergarderobe.
L. Schaap Manufakturwaren Arbeitergarderobe.

Trinkt
Lübecker Vereins-Bräu

Gesundheits-Brot
Simonsbrot
 Vollkornbrot a. reinem Roggen Mehl mit Zusatz von - ärztlich empfohlen - Erhältlich in 50 Niederlagen.

Meierei
HANSA-MEIEREI
 Lübecker Amme
 Milch u. Milchprodukte in anerkannt bester Qualität

Treibriemen u. Sattlerwaren
H. Köppke & Eggers
 Lager v. Fahr- u. Reitgeschirr Reise-Utensilien, Schuttmapp. Taschen, Portemonnaies etc.
 Huxstraße 29.

Uhren- und Goldwaren
L. Behnfeldt, Uhrm.
 Uhren-Rep.-Werkstatt. Pfaffenstraße 4.
A. Matern
 Schweizer Uhren-Rep.-Werkst. Bee Krzp. 43 v.-s-v. Kahlbergstr. 16

Trinkt
Kieler Schloßbräu
 Trinkt **Fr. Kropf, Brauerei Gshaar**

Glas, Porzellan
ARNOLD BERG
 Breitestraße 35.